

Zeitung  
der Schweizerischen  
Friedensbewegung

# Unsere Welt



Noch hat Israel diesen palästinensischen Kindern den Optimismus nicht wegbomben können. Foto Arna Ösp Magnúsdóttir

Der «Unglücksfall» von Beit Hanun

## Mit einem Wort: Massaker

Jeder Gedanke einer Gleichsetzung von Qassams und Artilleriegranaten, der sogar von einigen Peacenics gemacht wurde, ist vollkommen falsch. Und nicht nur deshalb, weil es keine Symmetrie zwischen Besatzern und Besetzten gibt. Hunderte von abgefeuerten Qassams, die seit mehr als einem Jahr abgefeuert wurden, haben einen einzigen Israeli getötet. Den israelischen Granaten, Raketen und Bomben sind Hunderte von Palästinensern zum Opfer gefallen.

Von Uri Avnery

«Dank Gott für die amerikanischen Wahlen», seufzten die Minister und Generäle erleichtert auf.

Sie freuten sich nicht über den Fusstritt in den Hintern, den das amerikanische Volk George W. Bush verabreichte. Sie lieben Bush.

Aber wichtiger als die Abfuhr, die Bush erteilt wurde, ist die Tatsache, dass die Nachrichten aus Amerika die schrecklichen Berichte über das, was in Beit Hanun geschehen war, beiseite schoben. Statt Schlagzeilen zu machen, wurden sie ganz unten auf die Zeitungsseite gedrängt.

Die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, ist der erste bedeutende revolutionäre Akt, sagte Rosa Luxemburg. Wie soll man also das benennen, was in Beit Hanun geschah?

«Ein Unglücksfall», sagte eine hübsche Fernsehansagerin in einem der TV-Programme. «Tragödie», sagte ihre ebenfalls hübsche Kollegin auf einem anderen Kanal. Eine dritte, die nicht weniger attraktiv war, schwankte zwischen «Vorfall», «Fehler» und «Unfall». Es war tatsächlich ein Unglücksfall, eine Tragödie und ein Unfall. Aber vor allem war es ein Massaker, ein M-a-s-s-a-k-e-r.

Das Wort «Unglücksfall» lässt an etwas denken, wofür niemandem die

Schuld gegeben werden kann – wie z.B. ein Blitzschlag. Eine Tragödie ist ein trauriges Geschehen oder eine Situation wie die der Einwohner von New Orleans nach der Flutkatastrophe. Das Geschehen in Beit Hanun war tatsächlich traurig aber keine Tat Gottes, es war eine Tat, die Menschen beschlossen und ausgeführt haben.

Unmittelbar, nachdem die Fakten bekannt wurden, trat der ganze Chor der professionellen Apologeten und Rechtfertiger auf und die, die ihr Bedauern ausdrücken und Vorwände erfinden, ein Chor, der in solchen Fällen in fieberhafte Aktion tritt.

«Ein unglückseliger Irrtum ... er kann in der besten Familie passieren ... der Mechanismus eines Geschützes kann falsch funktionieren ... Menschen können Fehler machen ... Errare humanum est, Irren ist menschlich ... wir feuerten zehntausende Artilleriegranaten ab, und es gab nur drei Unfälle (in der Olmert-Perez-Halutz-Ära war der erste in Kana im 2. Libanonkrieg, der zweite ereignete sich an der Gaza-Küste, wo eine ganze Familie ausgelöscht wurde). Aber wir entschuldigten uns doch! Was verlangen sie denn noch von uns?»

Es gab auch Argumente wie «Sie sind selber schuld!» Wie üblich: die Schuld liegt beim Opfer. Die kreativ-

Erklärung kam vom stellvertretenden Verteidigungsminister Ephraim Sneh: «Die praktische Verantwortung liegt bei uns, aber die moralische bei ihnen.» Wenn sie Qassam-Raketen abschiessen, was können wir anderes tun, als mit Granaten reagieren?

Ephraim Sneh gelangte erst vor kurzem in die Stellung eines Stellvertretenden Verteidigungsministers. Diese Ernennung war der Dank dafür, dass die Arbeitspartei sich mit Avigdor Libermans Eintritt in die Regierung einverstanden erklärte (in biblischer Sprache würde man dazu «Hurenlohn» sagen, Deut.23,19). Nun, nach nur wenigen Tagen im Amt, wurde Sneh die Möglichkeit gegeben, seinen Dank auszusprechen.

Jeder Gedanke einer Gleichsetzung von Qassams und Artilleriegranaten, der sogar von einigen Peacenics gemacht wurde, ist vollkommen falsch. Und nicht nur deshalb, weil es keine Symmetrie zwischen Besatzern und Besetzten gibt. Hunderte von abgefeuerten Qassams, die seit mehr als einem Jahr abgefeuert wurden, haben einen einzigen Israeli getötet. Die israelischen Granaten, Raketen und Bomben haben Hunderte von Palästinensern getötet.

Haben die Granaten die Wohnungen der Leute absichtlich getroffen? Da gibt es nur zwei mögliche Antworten: Die extreme Version: Ja. Die Folge der Ereignisse weist in diese Richtung. Die israelische Armee, eine der modernsten in der Welt, hat keine Antwort auf die Qassams, eine der primitivsten Waffen. Diese Kurzst-

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt  
Schweizerische Friedensbewegung  
Postfach 2113, 4001 Basel

29. Jahrgang  
Nr. 4 – 2006  
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

## Aus dem Inhalt

West-Sahara: Geraubte Unabhängigkeit	3
Glaubenssachen	3
Vietnam: Ungesühnte Kriegsverbrechen	4
USA-Kuba: Blockade muss weg	5
Waffenhandel ohne Grenzen	6
Ungarn 1956 und die Schweiz: Niemals vergessen!	7
Als junger Interbrigadist in Spanien	8

25. November bis 2. Dezember 2006

## Nahost-Friedenswoche

Über 20 vorab friedenspolitische Organisationen organisieren in verschiedenen Städten der Schweiz vom 25. November bis 2. Dezember eine Friedenswoche für den Nahen Osten. In einem gemeinsamen Aufruf heisst es:

Wir sind immer noch erfüllt von Wut und Zorn über den völkerrechtswidrigen, sinnlosen Krieg im Nahen Osten, dem im Juli/August 2006 im Libanon mindestens 1187 – zu einem Drittel Kinder unter zwölf Jahren –, in Palästina 170 und in Israel rund 40 Zivilpersonen zum Opfer gefallen sind.

Wir sind erschüttert ob all dem Leid, das die Zivilbevölkerung im Nahen Osten und allen voran die Palästinenser und Palästinenserinnen in den letzten Jahrzehnten erfahren mussten.

Wir wollen aber nicht bei unserem Zorn und unserer Trauer stehen bleiben. Vielmehr wollen wir danach fragen und miteinander diskutieren, wie die Logik von Gewalt und Krieg im Nahen Osten durch eine Logik des Friedens, der Gerechtigkeit und der sozialen Entwicklung abgelöst werden kann.

Wir sind überzeugt: Die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ist die Schaffung und Anerkennung eines lebensfähigen Staates Palästina und die Anerkennung des Staates Israel innerhalb völkerrechtlich festgelegter Grenzen, die beiden Staaten Sicherheit gewährleisten.

Wir wissen aber: Der Weg dorthin ist äusserst beschwerlich. Wir wissen auch: Wir sind aufgrund unserer Geschichte und der Geschichte im Nahen Osten ein Teil der Hindernisse auf diesem Weg.

Wir rufen dazu auf, an einer Nahostfriedenswoche mitzuwirken, in de-

ren Rahmen in der ganzen Schweiz vom 25. November bis 2. Dezember 2006 Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden (Programm siehe Seite 2). Die Nahostfriedenswoche verfolgt ein dreifaches Ziel:

(1) Wir informieren über die Lage im Nahen Osten, bekämpfen die Logik von Gewalt und Krieg, einschliesslich alle Anschläge gegen die Zivilbevölkerung in der ganzen Region, und stellen uns gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik sowie den Mauerbau.

(2) Wir erörtern und debattieren die Voraussetzungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten möglichst breit und beziehen dabei möglichst alle Friedenskräfte und Parteien mit ein.

(3) Wir fordern den Schweizerischen Bundesrat auf,

a. sich im Nahen Osten für einen gerechten und dauerhaften Frieden einzusetzen, bestehende Friedensinitiativen zu unterstützen und in Form einer regionalen Initiative unter Einbezug der Zivilbevölkerung zu intensivieren;

b. sich im Nahen Osten für die Durchsetzung des Völkerrechts einzusetzen, insbesondere dafür, dass die betreffenden UNO-Resolutionen von allen Konfliktparteien anerkannt und umgesetzt werden;

c. die Militär- und Rüstungszusammenarbeit mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten einzustellen.

## Was kostet der Wandel?

Haben Sie die US-Kongresswahlen Anfang November verfolgt? Die siegreichen Demokraten haben die Irak-Politik zu einem ihrer Hauptthemen gemacht und damit der Bush-Administration eine deutliche Niederlage bereitet. «Das amerikanische Volk hat für den Wandel gestimmt» wurde danach verkündet. Wir werden sehen.

Haben Sie mitbekommen mit welchem schier unglaublichen finanziellen Aufwand die Propagandamaschinerie am Laufen gehalten wurde? So soll Hillary Clinton allein für ihren Sitz im Senat 40 Mio. US-\$ gesammelt haben. Senat und Repräsentantenhaus haben 535 Sitze. Auch wenn andere Kandidaten weniger gekostet haben, gibt das hochgerechnet eine unvorstellbare Summe.

Kennen Sie den Dokumentarfilm «Loose Change»? Drei Studenten haben den Film für 3'000 Dollar produziert und mit ihren Fragen zu den wahren Hintergründen der Terroranschläge vom 11. September 2001 wohl mehr zur Abwahl der Republikaner beigetragen, als die oben genannten Propagandamillionen.

4 Nummern von «Unsere Welt» kosten ca. 40'000 Franken. Eigentlich auch wenig Geld, aber bitter nötig im Kampf für einen gerechten Frieden in der Welt. Das Jahresabonnement kostet nach wie vor nur Fr. 12.–.

Wir bitten Sie es mit dem beiliegenden Einzahlungsschein zu begleichen und sind um jede Aufrundung froh. (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7). Besten Dank!

Ruedi Moser  
SFB-Sekretär



Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery (Mitte) an einer Kundgebung der Friedensbewegung Gush-Shalom gegen den Libanonkrieg im Sommer 2006. Foto Rahel Avnery

Fortsetzung von Seite 1

ckenrakete (die nach dem ersten palästinensischen Kämpfer Az-al-Din al-Qassam genannt wird, der 1935 in einem Gefecht gegen die britische Mandatsregierung fiel,) ist kaum mehr als ein selbst gebasteltes mit hausgemachten Explosivstoffen gefülltes Rohr.

In einem aussichtslosen Versuch, das Abfeuern von Qassams zu verhindern, fällt das israelische Militär regelmässig in die Städte und Dörfer des Gazastreifens ein und übt dort eine Terrorherrschaft aus. In Beit Hanun tötete es mehr als 50 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Die Armeechefs, die ihre Ehre im Libanonkrieg verloren haben, waren – nach dieser Version – sehr darum bemüht, den Palästinensern ein für alle Mal eine Lektion zu erteilen, entsprechend einem israelischen Sprichwort: «Wenn Gewalt nichts hilft, gebrauche noch mehr Gewalt».

Die andere Version behauptet, dass es tatsächlich ein technischer Fehler

war, ein verhängnisvoller Defekt in der Zielvorrichtung. Die Munition, die von der Artillerie gegen Beit Hanun angewandt wurde – dieselbe, die auch in Kana verwendet wurde – ist für ihre Ungenauigkeit bekannt. Mehrere Faktoren können dazu beitragen, dass die Granate mehrere hundert Meter vom Kurs abweicht. Derjenige, der entschieden hat, diese Munition gegen ein Ziel in der Nähe von Zivilpersonen anzuwenden, weiss, dass diese tödlicher Gefahr ausgesetzt sind. Deshalb gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Versionen.

Wem muss also die Schuld zugeschoben werden? Zunächst einmal der gleichgültigen Haltung, die sich in der Armee breit gemacht hat. Vor noch nicht langer Zeit enthüllte Gideon Levy in der Tageszeitung Haaretz, dass ein Bataillonskommandeur seine Soldaten nach dem Töten von 12 Palästinensern mit folgenden Worten gelobt habe: «Wir haben 12:0 gewonnen.»

Schuldig sind natürlich die Artilleristen und ihre Kommandeure, einschliesslich des Batteriechefs. Und der General, der für das Südliche Kommando zuständig ist, Yoav Gallant, der sich gleichgültig gibt und sich mit scheinheiligen Plattitüden herausredet. Und der stellvertretende Generalstabschef. Und der Generalstabschef Dan Halutz, der Luftwaffengeneral, der bei einem ähnlichen Vorfall sagte, dass er nachts gut schlafen könne, nachdem er eine Eintonnen-Superbombe über ein Wohngebiet abgeworfen hatte. Und natürlich der Verteidigungsminister Amir Peretz, der die Anwendung der Artillerie genehmigte, nachdem er sie schon einmal verboten hatte – d.h. also, dass ihm die voraussehbaren Konsequenzen bewusst waren.

Der Schuldigste von allen aber ist der grosse Apologet: Ehud Olmert, der Ministerpräsident.

Olmert protzte vor kurzem mit dem klugen Verhalten der Regierung: «Es war uns möglich, Hunderte von Terro-

risten zu töten – und die Welt hat nicht reagiert.» Nach Olmert ist jeder bewaffnete Palästinenser ein Terrorist, einschliesslich der Zehntausende palästinensischer Polizisten, die in Abstimmung mit Israel Waffen tragen dürfen. Sie dürfen nun frei abgeschossen werden. «Terroristen» sind auch die Frauen und Kinder, die auf der Strasse und in ihren Wohnungen getötet werden. (Einige sagen ganz offen: die Kinder werden gross und werden zu Terroristen; die Frauen gebären Kinder, die zu Terroristen werden.)

Olmert sagt, er könne so weiter machen, da die Welt dazu schweigt. Die USA benutzte das Veto gegen eine sehr sanfte Resolution des Sicherheitsrates gegen dieses Geschehen. Heisst das, dass die Regierungen in aller Welt – Amerika, Europa, die arabische Welt – an dem Verbrechen in Beit Hanun mitschuldig sind? Das kann am besten von den Bürgern dieser Länder selbst beantwortet werden.

Die Welt hat dem Massaker keine grosse Aufmerksamkeit geschenkt, weil es am US-Wahltag passierte. Die Wahlergebnisse mögen unsere Führer traurig stimmen – mehr als das Blut und die Tränen der Mütter und Kinder im Gazastreifen. Sie waren aber froh darüber, dass die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch die Wahl abgelenkt wurde.

Ein Zyniker kann sagen: Demokratie ist wunderbar, der Wähler kann den Trottel, den er das letzte Mal gewählt hat, durch einen anderen Trottel ersetzen.

Wir wollen jedoch nicht zu zynisch sein. Tatsache ist, dass das amerikanische Volk nach einer Verzögerung von drei Jahren und Zehntausenden von Toten kapiert hat, was die Befürworter für Frieden weltweit – einschliesslich uns hier in Israel – schon am ersten Tag gesagt haben: der Krieg wird eine Katastrophe werden. Er wird das Problem nicht lösen, sondern wird einen gegenteiligen Effekt haben.

Eine Veränderung wird aber nicht schlagartig kommen. Die USA sind ein riesiges Schiff. Wenn es sich dreht, muss es einen grossen Kreis schlagen und benötigt dafür eine Menge Zeit – im Gegensatz zu Israel, einem kleinen Schnellboot, das fast an Ort und Stelle wenden kann. Immerhin: die Richtung ist klar.

Die amerikanische Armee wird damit beginnen, den Irak zu verlassen. Die Gefahr eines neuen militärischen Abenteuers im Iran und/oder in Syrien ist ziemlich geschwunden. Die verrückten Neo-Cons, die meisten von ihnen Juden, die die extreme Rechte in Israel unterstützen, verlieren an Macht – genau wie ihre Alliierten, die verrückten christlichen Fundamentalisten.

Der frühere Ministerpräsident Levy Eshkol sagte einmal: «Wenn Amerika niest, erkältet sich Israel». Wenn Amerika sich erholt, besteht vielleicht auch für uns Hoffnung.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfis, vom Verfasser autorisiert und von der Redaktion leicht gekürzt)

## In Kürze

### Aktionsmonat in Israel

Unter dem Slogan «Stoppt die Belagerung! Stoppt den Krieg!» haben Organisationen der israelischen Friedensbewegung im November Aktionen durchgeführt. Sie wollten damit auf die dramatische Situation der Bevölkerung im Gazastreifen aufmerksam machen, die unter den Sanktionen Israels wie auch der internationalen Gemeinschaft leidet. Die Koalition der Frauen für den Frieden fordert mit Gush Shalom, den Rabbis für Menschenrechte, Yesh Gvul, Bat Shalom, New Profile und anderen Gruppen Israel dazu auf, die Wahl der palästinensischen Bevölkerung zu akzeptieren und Gespräche mit den «legitim gewählten Vertretern in Palästina aufzunehmen». Bereits im Juni hatten sich Vertreter von Gush Shalom mit Regierungsvertretern der Hamas getroffen, die sehr wohl Gesprächsbereitschaft signalisiert habe.

### Frauen unter Palästinas neuer Regierung

Der cfd arbeitet in Palästina mit Organisationen zusammen, welche sich die Stärkung der Stellung der Frauen in Gesellschaft, Recht und Politik zum Ziel gesetzt haben. Durch diese Projektarbeit wird der Zugang von Frauen zu Ressourcen wie Bildung und Einkommen verbessert. Die cfd-Partnerorganisationen setzen sich für zivile Formen der Konfliktbearbeitung ein und fordern eine breite Beteiligung der Bevölkerung am politischen Verhandlungsprozess.

Mit der Regierungsübernahme durch Hamas stellen sich den säkular ausgerichteten Frauenorganisationen in Palästina neue Fragen: Können feministisch-politische Anliegen noch in die offiziellen Strukturen eingebracht werden, oder muss in der Frauenrechts-Politik wieder vermehrt informell agiert werden? Wie werden sich die Institutionen verändern? Kann und will die neue Führung ihre konservative soziale Agenda flächendeckend durchsetzen? Was verändert sich für die Frauen?

Auf diese und andere Fragen geht eine Veranstaltung ein, die der cfd in Zürich, Luzern und Bern organisiert. Mit Suheir Farraj, Leiterin der Organisation TAM – Women, Media and Development und Filmemacherin, und Amal Khreishe, Direktorin der Palestinian Working Women Society for Development und Politikerin. Die beiden Expertinnen analysieren mit kritisch feministischem Blick den Handlungsspielraum von Frauen und diskutieren die Möglichkeiten, Bündnisse zu Gunsten von Frauenrechten zu schliessen.

- 4.12.2006 um 19.30; Romerohaus Luzern
- 5.12.2006 um 18.30; Uni Zürich
- 7.12.2006 um 18.15; Universität Bern, Hauptgebäude, Zimmer 331

Nahostfriedenswoche

السلام

Schlussveranstaltung  
SA 02.12.06 ab 10.30

שלום

Johannes-Kirchgemeindehaus  
Bern

和平

Europas Verantwortung für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten

www.nahostfrieden.ch

29. November – UNO-Solidaritätstag mit dem palästinensischen Volk  
Nahostfriedenswoche 25.11. – 02.12.06

SA 25.11.06, 16.00, Bern

Veranstaltung der Gesellschaft Schweiz-Palästina, Referat von Nabil Kouleilat, ehemaliger PLO-Botschafter, zur aktuellen Situation in Palästina Casa d'Italia, Bühelstrasse 57

SO 26.11.06, 12.00 - 22.00, Zürich

Veranstaltung der Roten Fabrik und des Antikriegsbündnisses Zürich mit Filmen, Geschichtsabrisse, moderierter Diskussion, Musik sowie palästinensischem Essen und Trinken Clubraum Rote Fabrik, Seestrasse 395

DI 28.11.06, 20.00, Genève

Hébron, ville sous occupation par Anwar Abu Eise, Professeur de Droit à Abu Dis Maison des Associations, salle Gandhi, 15 rue des Savoises

MI 29.11.06, Genève / DO 30.11.06, 19.15, Zürich

Veranstaltung der FFIPPI mit Vortrag von Vertretern der 'combatants for peace' Zürich: Gemeinschaftszentrum Riesbach, Seefeldstrasse 93

FR 01.12.06, 16.00 - 18.00, Bern

Veranstaltung der SP mit Referat von Jean Asselborn, Aussenminister und Vize-Premier von Luxemburg *Der Beitrag der SP Europa und der EU an einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden im Nahen Osten* Aula der Uni Bern, 2. OG, Saal 210, Hochschulstrasse 4

SA 02.12.06, 10.30 - 21.00, Bern

Europas Verantwortung für einen gerechten Frieden mit Sumaya Farhat-Naser, Felicia Langer, Laurent Goetschel, Jo Lang, Workshops, Podiumsdiskussion, Filmprogramm, Musik und palästinensischen Spezialitäten Johannes-Kirchgemeindehaus, Wylerstrasse 5

Details, Aktualitäten und weitere Anlässe unter  
www.nahostfrieden.ch

## West-Sahara: Gerechtigkeit für die Kinder der Wolken

## Geraubte Unabhängigkeit

Die Berliner Mauer wurde praktisch täglich in den Nachrichten erwähnt. Von morgens bis abends konnten wir lesen, hören und sehen: die Mauer der Schande, die Mauer der Infamie, der Eiserner Vorhang ... Schliesslich ist diese Mauer, die es verdiente zu fallen, gefallen. Aber andere Mauern woanders auf der Welt sind nachgewachsen und sie werden immer mehr. Sie sind sogar viel grösser als die damals in Berlin – von ihnen spricht man aber nur wenig bis überhaupt nicht.

## Von Eduardo Galeano

Wenig spricht man beispielsweise über die Mauer, die von den USA an der Grenze mit Mexiko aufgezogen wird, und kaum Erwähnung finden die Stacheldrahtzäune von Ceuta und Melilla an der Mittelmeerküste in Nordafrika.

Fast nichts sagt man über die Mauer im Westjordanland, mit der die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete verewigt werden soll und die bald fünfzehn Mal länger als die Berliner Mauer sein wird.

eine Invasion unter dem Namen «Der grüne Marsch», in deren Verlauf grosse Teile des fremden Gebietes mit Gewalt besetzt und die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben wurden. Und so geht es weiter.

«Tausendundeine» Entschliessung der Vereinten Nationen haben das Recht der einheimischen Bevölkerung in Westsahara auf Selbstbestimmung bestätigt. Was waren diese Entschliessungen wert? Man vereinbarte, ein Plebiszit abzuhalten, bei dem die Bevölkerung über ihr Schicksal ent-

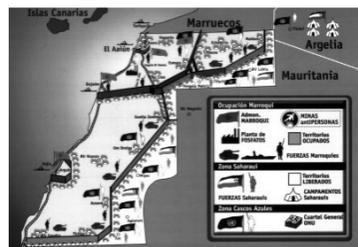
war die Sahara eine Kolonie Spaniens und Spanien hatte somit die legale und moralische Verantwortung, die Unabhängigkeit des Territoriums zu schützen.

Was hat die imperiale Herrschaft nach einem Jahrhundert hinterlassen? – Wie viele Akademiker sind ausgebildet worden? Im Ganzen waren es drei: ein Arzt, ein Rechtsanwalt und ein Handelskaufmann. Das ist alles, was die spanische Herrschaft hinterlassen hat. Und einen Verrat hat sie hinterlassen. Spanien hat dieses Land und seine Menschen auf einem Tablett angeboten, damit sie vom marokkanischen Königreich einverleibt werden konnten. Seitdem ist Westsahara die letzte Kolonie in Afrika. Man hat ihr die Unabhängigkeit geraubt.

Warum ist es so, dass sich die Augen verweigern, gegen etwas, was eigentlich in die Augen springt? Ist es etwa deswegen, weil man ein Tauschgeschäft eingegangen ist? Sahrauis gegen Waren, die Marokko verkauft, obwohl sie dem Land nicht gehören?

Vor einigen Jahren hat der Journalist Javier Corcuera in einem Spital in Bagdad ein Opfer der Bombardierungen Iraks interviewt. Eine Bombe hatte ihr einen Arm abgerissen. Sie war acht Jahre alt und hatte elf Operationen hinter sich. Sie sagte: «Hätten wir bloss kein Erdöl!» Vielleicht hat sich auch die Bevölkerung der Sahara schuldig gemacht, vor den langen Küsten ihres Territoriums einen der reichsten Fischbestände des Atlantischen Ozeans zu beherbergen? Oder dass unter dem leer wirkenden Wüstengebiet, die grössten weltweiten Phosphatreserven liegen? Ja, vielleicht auch Erdöl, Erdgas und Uran? Im Koran könnte folgende Prophezeiung stehen, obwohl sie dort nicht geschrieben steht: «Die natürlichen Reichtümer werden zum Fluch der Menschen.»

Die Zeltlager der sahrauischen Flüchtlinge im Süden von Algerien



Verlauf der über 2000 km langen Mauer, die Marokko durch die Westsahara gezogen hat, um die Sahrauis von ihrem angestammten Gebiet fernzuhalten (Grafik Indymedia).

stehen in der verwüstetsten aller Wüsten. Es ist weite Leere, umgeben von Leere. Dort wachsen nur Steine. Trotzdem ist den Sahrauis in dieser ausgedörrten Gegend und in den nicht weniger ausgedörrten befreiten Gebieten gelungen, die offenste Gesellschaft und die am wenigsten «machista» der islamischen Welt aufzubauen.

Dieses Wunder der Sahrauis, die sehr arm und sehr wenige sind, erklärt sich nicht nur durch ihren hartnäckigen Willen frei zu sein – denn das gibt es dort, wo es an allem fehlt, am meisten – sondern erklärt sich viel eher durch die internationale Solidarität.

Das meiste kommt aus den Völkern Spaniens. Die solidarische Energie, das Gedächtnis und das Empfinden für Würde unter den dortigen Menschen ist viel stärker als der Wechsel der Regierungen und die Raffgier der Konzerne.

Wohlgermerkt, ich meine Solidarität und nicht Wohltätigkeit. Spenden können erniedrigen. Darin irrt auch

das afrikanische Sprichwort nicht, das da sagt: «Die empfangende Hand liegt immer unter der Hand die spendet.»

Die Sahrauis warten. Sie sind zu lebenslanger Furcht und Nostalgie verurteilt. Die Zeltlager der Flüchtlinge tragen die Namen der Ortschaften, die ihnen geraubt wurden, die Namen der Orte, wo sie sich getroffen haben, die Namen ihrer geliebten Plätze: El Aaiún, Smara ... Sie selbst nennen sich die Kinder der Wolken, weil sie schon immer den Regen verfolgt. Seit dreissig Jahren verfolgen sie nun

auch die Gerechtigkeit, die in unserer heutigen Welt noch seltener zu sein scheint als Wasser in der Wüste.

«Die offenen Adern Lateinamerikas» – mit diesem Werk wurde der 1940 in Montevideo (Uruguay) geborene Schriftsteller Eduardo Galeano 1971 weltweit bekannt. Seine drei Bände «Erinnerung an das Feuer» schrieben diese «Historie von unten» fort. Seit seiner Rückkehr aus dem Exil nach dem Ende der Militärdiktatur in Uruguay 1985 setzt sich Galeano für die Demokratisierung des Landes ein. (Übersetzung ND)

## Eine Ausstellung für Gläubige und Ungläubige Glaubenssachen

Sie glauben an Gott, an eine höhere Macht, an Allah oder Murugan, an eine Energie, die alles durchströmt, oder an das Paradies auf Erden. Die Menschen in der Schweiz sind gläubig. Aber immer weniger glauben das Gleiche. Das Stapferhaus Lenzburg nimmt mit der Ausstellung Glaubenssache die Glaubensvielfalt der Schweiz unter die Lupe und thematisiert, was dies für den Einzelnen und für unsere Gesellschaft bedeutet.

Mehr als Dreiviertel der Schweizer Bevölkerung sagen von sich, sie seien gläubig. 77% beten regelmässig, 34% jeden Tag. Aber nicht alle zum gleichen Gott. Die Schweiz ist zwar mehrheitlich christlich, doch auch unter Christen ist die Interpretationsvielfalt in Glaubenssachen gewachsen: Richten die einen ihr Leben nach den Gesetzen der Bibel aus, so die andern nach Feng Shui, nach Weisheiten des Dalai Lamas oder nach eigenem Bio-rhythmus, getreu dem Motto: Jeder soll nach seiner Façon selig werden.

## Vom Maria-Piercing bis zur Buddha-Statue

Der Glaube ist für eine wachsende Mehrheit zur Privatsache geworden. Trotzdem hinterlässt der private Glaube Spuren im öffentlichen Raum: In der Schule sitzt die Jugendliche mit dem Maria-Piercing am nackten Bauch neben dem Jungen, der wegen seines Glaubens der Schwimmlektion fernbleiben muss. Im Wartezimmer des Arztes thront eine Buddha-Statue, und an der Kasse im Supermarkt bedient eine Frau mit Kopftuch. Im Dorf soll nebst dem Kirchturm auch ein Minarett zu stehen kommen. Diese Glaubensvielfalt löst Fragen aus und sie zwingt zu Positionsbezügen: Wie sichtbar darf der Glaube sein? Wie viel Schutz brauchen religiöse Minderheiten? Wie viel Glaube und welchen Glauben erträgt die Schweiz?

## Glaubenssache stellt die Gretchenfrage

Das Stapferhaus Lenzburg fordert mit dem Projekt Glaubenssache dazu auf, zu debattieren und Antworten zu suchen. Die Ausstellung macht den privaten Glauben zum Thema. Sie zeigt den Glaubensalltag von Gläubigen und Ungläubigen: Vom Konfessionslosen, der täglich Zen meditiert, über die katholische Grossmutter, die auf Weihwasser schwört, bis zur Therapeutin, die sich mit einer göttlichen Energie verbunden fühlt. Glaubenssache führt die Besucherinnen und Besucher in den icf-Gottesdienst im Zürcher Maag-Areal, ans Tempelfest in einer ausgedienten Berner Fabrikhalle oder in die Zen-Sesshin nach Bad Schönbrunn. Die Ausstellung thematisiert die gesellschaftliche Di-

mension von Glaubens-Angelegenheiten und zeigt, weshalb sich die Gesellschaft über den Glauben streitet. Glaubenssache wirft zudem einen Blick in die Glaubenszukunft der Schweiz und stellt den Besucherinnen und Besuchern die Gretchenfragen: Wie halten sie es mit der Religion? Und wie viel Glaube wünschen sie sich für die Schweiz? Die Ausstellung bildet die Glaubenslandschaft ab. Sie gibt keine Rezepte, aber sie führt Gläubige und Ungläubige spielerisch in den Dialog.

## In Kürze

## Moslems für den Dialog

Die zwei grössten Weltreligionen, das Christentum und der Islam, dürfen sich nicht in einen «Clash of Civilizations», einen Zusammenprall der Kulturen hetzen lassen oder gegenseitig hineinsteigern. Das ist die angesichts der US-Politik in Nah- und Mittelost hochaktuelle Botschaft eines offenen Briefs von 38 angesehenen und hochrangigen moslemischen Theologen an Papst Benedikt XVI, Joseph Ratzinger.

Sie widersprechen darin der Behauptung Ratzingers, der Islam strebe im Unterschied zum Christentum die gewaltsame Ausdehnung seines Glaubens und die Zwangsbekehrung Andersgläubiger an. Die moslemischen Theologen verzichten dabei auf nahe-liegende Retourkutschen wie etwa Verweise auf die Kreuzzüge oder die Unterwerfung und Zwangsmissionierung Mittel- und Südamerikas. Stattdessen stellen sie lediglich anhand historischer Tatsachen klar, dass moslemische Staaten in den von ihnen eroberten Gebieten, wie etwa im Mittelalter in Spanien, in der Regel keine gewaltsamen Bekehrungen betrieben haben. Die Mehrheit der Bevölkerung trat dort jahrhundertlang nicht zum moslemischen Glauben über. Der in der zweiten Sure des Koran verkündete Grundsatz «Keine Gewalt in Glaubensfragen» habe uneingeschränkte Gültigkeit, schreiben die 38 Theologen. Aus der fünften Sure zitieren sie den Satz «Lass dich nicht durch Hass auf irgendjemand verleiten, ungerecht zu sein» und verurteilen in diesem Zusammenhang individuelle Gewalttaten gegen unbeteiligte Personen als «unislamisch».

Der offene Brief endet mit einem Appell zur Fortsetzung und Vertiefung des Dialogs zwischen den Religionsgemeinschaften, «um die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und künftig in Frieden, gegenseitiger Akzeptanz und Achtung zusammenzuleben».

Knut Mellenthin



Kämpfer des Frente Polisario, der Befreiungsbewegung der Sahrauis. Foto Archiv

Und nichts, absolut nichts sagt man über die Mauer in Marokko, die seit zwanzig Jahren die marokkanische Besetzung der Westsahara verewigt. Diese Mauer, die von Anfang bis Ende vermint ist und von tausenden Soldaten bewacht wird, ist sechzig Mal länger als die ehemalige Mauer in Berlin.

Warum gibt es wortlaute Mauern einerseits und absolut stumme Mauern andererseits? Hat das vielleicht etwas mit den Mauern der Kommunikation zu tun, die täglich von den grossen Medien errichtet werden?

Im Juli 2004 verurteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag den Mauerbau im Westjordanland als Verstoß gegen das internationale Recht und verfügte den Abriss der Mauer. Bis heute hat es Israel noch nicht erfahren.

Im Oktober 1975 stellte der gleiche Gerichtshof klipp und klar fest: «Es gibt keine territorialen Hoheitsansprüche in der Beziehung zwischen Westsahara und dem Königreich Marokko.» Die Behauptung, dass Marokko schwerhörig gewesen sei, ginge an der Wirklichkeit vorbei, denn einen Tag nach dem Urteil befahl Marokko

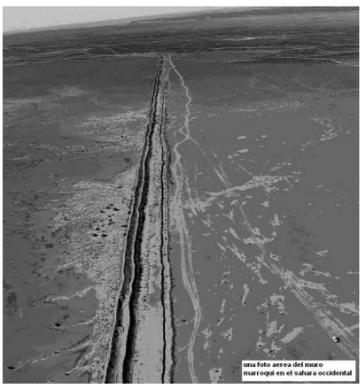
scheiden sollte. Daraufhin besiedelte der König das Gebiet mit marokkanischen Siedlern. Mit der Zeit aber traute der König auch den Siedlern nicht mehr. Der König, der einst zugestimmt hatte, sagte plötzlich: wer weiss. Später sagte er einfach nein. Sein Sohn, der ihm inzwischen auf den Thron gefolgt ist, sagt ebenfalls nein. Dieses Nein ist aber ein Eingeständnis. Durch Verweigerung des Rechts auf Abstimmung gibt Marokko zu, ein Land gestohlen zu haben.

Nehmen wir das weiterhin so einfach hin? Akzeptieren wir so einfach, dass in einer universellen Demokratie die Untergebenen nur das Recht auf Gehorsam ausüben dürfen? Was haben «tausendundeine» Beschluss der Vereinten Nationen gegen die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete gebracht? Was ist mit «tausendundeiner» Resolution gegen die Blockade von Kuba? Ein altes Sprichwort sagt da: «Die Hypokrisie ist die Abgabe, die das Laster an die Tugend zahlt.»

Patriotismus ist heutzutage ein Privileg der herrschenden Nationen. Sollte ein beherrschtes Land Patriotismus üben wollen, dann macht es sich des Populismus oder des Terrorismus verdächtig – oder wird einfach ignoriert.

Die sahrauischen Patrioten, die seit dreissig Jahren für einen Platz auf dieser Welt kämpfen, haben die diplomatische Anerkennung von 82 Ländern errungen. Unter ihnen auch von meinem Land, Uruguay, das sich vor kurzem der grossen Mehrheit afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern angeschlossen hat.

Aber Europa nicht. Kein europäisches Land hat die Sahrauische Republik anerkannt. Spanien auch nicht. Das ist Ausdruck einer grossen Verantwortungslosigkeit – oder sagen wir lieber Amnesie oder zumindest einer Lieblosigkeit. Bis vor dreissig Jahren



Flugaufnahme der Mauer in der Westsahara. Foto Archiv

Vietnamesische Agent Orange-Opfer klagen an

# Ungesühnte Kriegsverbrechen

Über 100 Millionen Liter Herbizide haben die USA im Vietnam-Krieg über Süd-Vietnam versprüht. Allein 44 Millionen Liter bestanden aus dem hochgiftigen Dinitro-Orthokresol, das als «Agent Orange» traurige Berühmtheit erlangte und noch heute, über 30 Jahre nach Kriegsende, Opfer fordert.

Von Gerhard Feldbauer

Eines der unmenschlichsten Kapitel des verbrecherischen USA-Krieges in Vietnam ist der Einsatz der chemischen Kampfstoffe Agent Orange/Dioxin gegen die Bevölkerung im Süden des Landes gewesen. Drei bis vier Millionen Vietnamesen trugen schwere gesundheitliche Schäden davon. Ungeheuer sind die Schäden, die in Natur und Umwelt angerichtet wurden. Nachdem die USA sich unverändert weigerten, Wiedergutmachung zu leisten, gründeten im Januar 2004 Betroffene die «Vietnamesische Vereinigung der Opfer von Agent Orange/Dioxin» (VAVA), die beim Federal Court von Brooklyn in New York, ver-

stein einer eingeholten Stellungnahme der USA-Regierung nachkam, in der diese forderte, die Klage der Opfer zurückweisen. Die vietnamesische Seite ist am 7. April 2006 vor dem 2. Bundesberufungsgericht in Berufung gegangen.

## Vernichtung der Flora und Vergiftung der Tierwelt

Als «Agent Orange» ist vor allem das eingesetzte orangefarbene DNC (Dinitro-Orthokresol) bekannt geworden. Es wurde so nach der orangefarbenen Markierung auf den Giftfässern genannt. Die Vietnamesen nannten es «Mau-da-cam», das Gift mit der Farbe einer Orange. In milden Konzentrationen als relativ unschädliches Un-

nochmals 700 000 Hektar, 1967 weitere 876 000. Im ersten Halbjahr 1968 waren bereits 500 000 Hektar Reisfelder mit Herbiziden besprüht und so ein Fünftel der Reisernte der Bauern Südvietnams vernichtet sowie 2,2 Millionen Hektar Wald abgetötet. 1969 wurden über 900 000 Hektar Anbaufläche und damit 75 Prozent der Reisernte und 90 Prozent des Gemüseanbaus vergiftet sowie fast die Hälfte der Wälder vernichtet. Die Anklageschrift weist nach, dass in vielen Fällen das Ziel der Sprühaktionen nicht die Beseitigung der «Deckung» des Feindes, sondern ausdrücklich die Zerstörung von Früchten und Ernten war, was bereits eine eindeutige Verletzung internationalen Rechts und ein Kriegsverbrechen darstellte.

Der Professor der Medizinischen Fakultät der Universität von Paris Francis Kahn enthüllte nach Untersuchungen in Südvietnam vor dem II. Russel-Tribunal, dass der Giftgaseinsatz bei 29 im Zeitraum vom 28. Januar 1965 bis zum 5. Juli 1966 durchgeführten Operationen folgende Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte: 13. Mai 1965 in Phu Lac, Provinz Phu Yen 100 Todesopfer; 5. September 1965 in Vinh Quang, Provinz Binh Dinh 35 Tote, sieben Erblindete, 100 Erkrankte; 8. September 1965 in Ba Lang, Provinz Quang Ngai 78 Tote, fast nur Frauen, Kinder und Greise; 2. Januar 1966 in Bau Trai, Provinz Long Mehrere Hundert Tote, mehrere Hundert Vergiftete; ähnlich hohe Opferzahl am selben Tag in Duc Hoa, Provinz Choi Lon; 26. und 28. Februar 1966 in elf Dörfern des Bezirks Binh Khe, Provinz Binh Dinh 288 Tote (Nachzulesen in: Bertrand Russell, Jean Paul Sartré: Das Vietnam-Tribunal II, Hamburg 1969, S. 106 f.).

## Missgebildete Säuglinge

Nach einer vietnamesischen Untersuchung waren insgesamt 17 Millionen Menschen dem Gift ausgesetzt, nach Kriegsende erkrankten eine Million. Leukämie, Lungentumore und Leberkrebs rafften unzählige Menschen dahin. 100 000 Kinder trugen schwere Geburtsschäden davon: Missgebildete Säuglinge ohne Augen, mit Wasserköpfen und Klumpfüssen, viele debil und taub. Wo während des Krieges Giftgase niedergingen, halten die Folgen noch in der dritten Generation an. Noch 2000 kamen neun ein halb mal mehr behinderte Kinder zur Welt als in Gebieten, die nie Chemiewaffen ausgesetzt waren. Eine Gruppe der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft berichtete 2002, dass sie «überall mit den Folgen des Krieges konfrontiert» wurde, es kei-



Aufnahme aus dem Jahr 2003 des damals 11-jährigen Nhung. Der Knabe stammt aus einem Dorf in der Hai Duong Provinz und leidet unter cerebralen Lähmungen. Sein Vater war als Soldat zwischen 1966 und 1969 im von Entlaubungen stark betroffenen Mekong-Delta im Einsatz. Foto Phuc Vi Quach.

treten durch drei Opfer, eine Sammelklage gegen 36 US-amerikanische Chemie- und Pharma-Konzerne auf Schadenersatz einreichte. Die Unternehmen hatten die international geächteten Kampfstoffe produziert und der US-Army zur Verfügung gestellt. Die Klage stützt sich auf internationales Recht und das United States Alien Tort Statute, das US-Gesetz über Schadenersatz für Ausländer.

## Barbarische Kriegsverbrechen

Die Klage verdeutlicht noch einmal, dass der USA-Krieg wie gegen Nord-Vietnam auch in Südvietnam ein völkerrechtswidriger Aggressionskrieg war, in dessen Verlauf barbarische Kriegsverbrechen begangen wurden. In Südvietnam wurde mittels der chemischen Kriegsführung. «erstmalig in der menschlichen Geschichte ein Krieg bewusst so geführt, dass seine Zerstörungen und Folgen nicht auf die durch sie betroffene Generation beschränkt blieben. Das Kriegshandeln der USA kalkulierte bewusst zukünftige und unabsehbare Folgen mit ein oder nahm sie ohne Skrupel an Kauf.»<sup>1</sup>

Der vorsitzende Richter Weinstein wies am 10. März 2005 die Klage zurück und erklärte den Fall obendrein als abgeschlossen. Der Federal Court versuchte in haarsträubender Weise, die eingesetzten chemischen Kampfstoffe als Herbizide zu verharmlosen, die möglicherweise einige unerwünschte Folgen – seit dem Überfall auf Jugoslawien auch Kollateralschäden genannt – hervorgerufen hätten. Die Ignoranz des Richters gipfelte in der Aussage, «den Vietnamesen sei kein Unrecht geschehen». Bezeichnend für die «Unabhängigkeit» des Urteils war, dass Richter Wein-



Beim Bien-Hung-See in der Dong Nai Provinz. Die beiden jungen Vietnamesen, die wie Zehntausende ihrer Landsleute in der Nähe dieses durch Dioxin verseuchten Sees wohnen, setzen sich und ihre Nachkommen durch den (verbotenen) Verzehr von Fischen einer grossen Gefahr aus. Untersuchungen des Vietnamesischen Roten Kreuzes und der Universität von Texas haben 1999 im Blut von 95% der getesteten Anwohner des Sees eine stark erhöhte Dioxin-Belastung gefunden.



Der hier 6-jährige To Thanh Nam wurde ohne Beine geboren und mit einer stark deformierten rechten Hand. Sein Grossvater (links) diente von 1968 bis 1972 als Soldat in einem entlaubten Gebiet in Zentralvietnam. Foto Phuc Vi Quach.

nen Ort gab, an dem nicht verkrüppelte oder entstellte Menschen zu sehen waren. «Wir haben Kinder gesehen, die keine Arme hatten oder deren Beine verkrüppelt waren. Oder Kinder, die noch jetzt in der 3. Generation mit Hasenscharten und Hör- oder Seh-schäden geboren werden» (Bericht von Ingrid Bader, Anne Beer, Dr. med. Dieter Herzog, in «Vietnam Kurier» Nr. 2/2002).

## Verurteilung durch UN-Vollversammlung ignoriert

Die «Föderation amerikanischer Wissenschaftler» bezeichnete 1964 den Einsatz von Herbiziden als «Experiment eines biologischen und chemischen Krieges» und forderte, ihn einzustellen. 1967 unterzeichneten 5 000 Wissenschaftler, darunter 17 Nobelpreisträger und 129 Mitglieder der National Academy of Sciences eine Petition an Präsident Johnson, die Anwendung von Antipersonen- und Erntevernichtungskemikalien in Vietnam zu beenden. 1966 gingen bei der UNO verschiedene Resolutionen ein, welche die USA der Verletzung des Genfer Protokolls von 1925 beschuldigten, das den Gebrauch von erstickenden, verletzenden Gasen und bakteriologischen Methoden der Kriegsführung untersagte. 1969 bekräftigte die Generalversammlung der UNO das Genfer Protokoll von 1925. Die USA stimmten gegen die Resolution, die mit 80 Für- und 3 Neinstimmen angenommen wurde. 1970 schrieb der Wissenschaftler George Wald in der «New York Times» vom 26. Februar, «dass Firmen wie die Dow Chemical (die zu den angeklagten Konzernen gehört) für die Kriegsverbrechen ebenso schuldig sind, wie das Militär selbst.»<sup>2</sup>

Die vietnamesischen Kläger werden unterstützt von der International Association of Democratic Lawyers (IADL) und der US National Lawyers Guild (NLG). Wie bereits vor dem Federal Court von Brooklyn stehen den vietnamesischen Klägern auch vor dem Bundesberufungsgericht US-Rechtsanwälte der IADL und der NLG zur Seite, die auf der Basis von Payment on success arbeiten, also nur im Falle des Erfolgs ein Honorar erhalten.

## Opferkonferenz in Hanoi

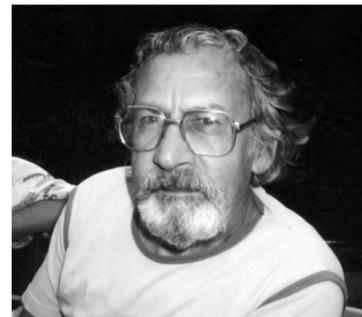
Zur Unterstützung der Kläger fand am 28. und 29. März 2006 in Hanoi eine Internationale Konferenz der Opfer von Agent Orange/Dioxin statt, an der Wissenschaftler aus den USA, Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Neuseeland, Russland, Südkorea, der Schweiz und Vietnam teilnahmen. Unter ihnen befand sich der bekannte Vietnamwissenschaftler und Vorsitzende der deutschen Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam, der Marburger Professor Günter Giesenfeld, der auch an der Ausarbeitung der Entschliessung der Tagung beteiligt war. Die Konferenzteilnehmer bekräftigten darin, dass es sich bei den von

den USA-Konzernen produzierten und von den USA während des Krieges eingesetzten Millionen von Litern Chemikalien um in höchstem Grade tödliche Gifte handelte, die Millionen Vietnamesen schwerste gesundheitliche Schäden zufügten, Millionen Hektar Wald und Nutzflächen sowie das ökologische Gleichgewicht zerstörten, zu riesigen Verlusten in der Nutzholzproduktion, zum Verschwinden mehrerer Tierarten und Pflanzen, zur Zunahme von Überschwemmungen, Erosion und Dürreperioden führten, ernsthaft die Landwirtschaft, die Haupteinnahmequelle der südvietnamesischen Einwohner bedrohen.

<sup>1</sup> Karl Rainer Fabig: Agent Orange vor Gericht. Vietnam Kurier der deutschen Freundschaftsgesellschaft, 1/2005.

<sup>2</sup> Ebenda  
Eine ausführliche Abhandlung der chemischen Kriegsführung findet sich bei Irene und Gerhard Feldbauer, «Sieg in Saigon, Erinnerungen an Vietnam», 2. Auflage, Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2006, S. 177 ff.

## Im Gedenken



Ende Oktober ist Albert Seidenglanz, der sich über 50 Jahre lang in der Schweizerischen Friedensbewegung engagiert hatte, im 86. Lebensjahr verstorben. «Das Grösste in seinem Leben war die Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam», erinnerte an der Abdankungsfeier vom 3. November Louise Stebler. Albi und seine Frau Annelies hatten einen wesentlichen Anteil daran, dass insgesamt 14 LADA-Kleintransporter mit Apparaturen, Medikamenten, Kleidern und Schuhen gefüllt und nach Vietnam verschifft werden konnten. Aber auch in der Chile-Solidarität waren Albi und Annelies, die seit 1971 im Tessin Wohnsitz genommen hatten, sehr aktiv. Zeitweise waren sie Tag und Nacht für chilenische Flüchtlinge im Einsatz und Annelies erinnert sich, dass sich eines Abends plötzlich 23 Flüchtlinge in ihrer Wohnung drängten und verköstigt werden mussten.

Wir entbieten Annelies, seiner Frau und unermüdlichen Partnerin im Friedenskampf, unsere herzliche Anteilnahme. Einem Wunsch von Albi entsprechend weisen wir hier auf die Möglichkeit hin, dem vorbildlichen Friedensfreund mit einer Spende für UNSERE WELT zu gedenken: PC-Konto 40-1627-7.

Die Welt ist sich mit 183:1 (+3) einig:

# Die Blockade muss weg

183:1(+3) titelte die kubanische Tageszeitung «Granma» am 9. November 2006, am Tag nach der UNO-Abstimmung über eine von Kuba eingebrachte Resolution «zur Beendigung der von den vereinigten Staaten über Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade.» Ein eklatanter Sieg für eine gebeutelte Nation, deren Alltag durch die Bessessenheit des mächtigen Nachbarn massiv erschwert wird. Nur gerade die USA und drei ihrer Vasallen (Israel und die international ungemein bedeutenden Inseln Palau und Marshall) hatten sich gegen die kubanische Resolution stark gemacht, während sich Mikronesien enthielt und vier weitere Länder es vorzogen, der Abstimmung fern zu bleiben.

Wir haben mit Ana Maria Rovira Indigua, Botschafterin Kubas in Bern, über die Bedeutung der Abstimmung und über die Folgen der Blockade für Kuba gesprochen.

Von Martin Schwander

UW: Seit 15 Jahren erleiden die USA an der UNO-Vollversammlung in der Abstimmung über die Kuba-Blockade eine Niederlage nach der andern. Im vergangenen Jahr standen sie sich 182 Nationen gegenüber. Aber eigentlich bleiben diese Abstimmungen ohne Folgen?

Ana Maria Rovira: In der Tat haben die UNO-Mitglieder in den letzten Jahren praktisch einhellig gegen die mörderische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gestimmt, welche die USA seit fast einem halben Jahrhundert über Kuba verhängt haben. Diese Abstimmungen halten wir nicht für bedeutungslos, ganz im Gegenteil. Obwohl die Resolutionen der UNO-Vollversammlung juristisch nicht bindend sind, stellen sie doch eine demonstrative weltweite Rückweisung des Wirtschaftskrieges dar, den verschiedene aufeinander folgende US-Administrationen gegen unser Land geführt haben und führen, nur weil wir unsere Unabhängigkeit und unsere Souveränität mit Würde verteidigen. Die Abstimmungen zeugen vom Rückhalt, den unser Staat und unsere Regierung geniessen. Sie sind Zeugnis des wachsenden Widerstandes gegen die Vergewaltigung des internationalen Rechts und der Moral durch die USA.

Sie sprechen vor allem von einer symbolische Bedeutung der Abstimmung für Kuba?

Nicht nur. Sie ist ein Beispiel der Solidarität mit unserem Land, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln unter den Bedingungen der Blockade geboren wurde. Das ganze Leben dieser Menschen war bisher geprägt von den unzähligen Entbehrungen und Auswirkungen, welche unsere ganze Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Wissenschafts-, Erziehungs- und Bildungswesen durch die Blockade erlitten haben, ganz zu schweigen von den psychischen Folgen.

Ich möchte daran erinnern, dass die US-Blockade in all den Jahren unserem Land einen geschätzten Schaden von mehr als 86 Milliarden Dollar zugefügt hat. Nicht mit eingerechnet habe ich dabei die direkten Schäden an sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen meines Landes, die der Sabotage und den Terrorakten zum Opfer gefallen sind, welche von den USA aus gesteuert, finanziert und organisiert wurden. Diese Schäden beziffern sich noch einmal auf mehr als 54 Milliarden Dollar.

Wir hoffen natürlich, dass all die Regierungen, die jeweils gegen die Blockade stimmen, wirklich konsequent sind und mit Kuba normale Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen unterhalten. Das heisst, dass sie die Position, die sie durch ihre Abstimmung in der UNO-Vollversammlung ausgedrückt haben, nun auch tatsächlich in der Praxis einnehmen.

Inwiefern sind von der US-Blockade auch Kubas Beziehungen zu Schweizer Banken betroffen? Noch gut in Erinnerung ist die Verurteilung der UBS zu einer Busse von 100 Mio. Dollar vor zwei Jahren.

Die UBS hat im Oktober 2005 den Devisenverkehr mit dem kubanischen Bankwesen abgebrochen, egal ob in Dollar oder Schweizer Franken. Dieser Beschluss ist ganz klar eine Folge des wachsenden Drucks der USA auf ausländische Banken, damit sie ihre Bankbeziehungen mit kubanischen Geldinstituten beenden.

der «Massnahmen zur Anwendung der Wirtschaftssanktionen durch Bank-Institutionen», wie sie das OFAC zu Beginn des laufenden Jahres verabschiedet hat.

Dieselbe Haltung nehmen die beiden Banken übrigens auch kubanischen Staatsbürgern gegenüber ein, die sich hier in der Schweiz niedergelassen haben. Auch diese wurden durch Schreiben informiert, dass sie keine Schweizer Franken mehr nach Kuba überweisen dürfen und aufgefordert, ihre Konten bei UBS und Credit Suisse aufzuheben.

All das sind Beispiele des extraterritorialen Charakters der kriminellen Blockade, die für sich sprechen.

Die US-Blockade gegen Kuba dauert nun schon mehr als 45 Jahre und wird immer wieder verschärft. Die feindliche Politik der USA könne nur durch einen Psychiater erklärt werden, meinte kürzlich Ausussenminister Perez Roque in Genf gegenüber dieser Zeitung. Fürchten die USA immer



Die kubanische Botschafterin in Bern, Ana Maria Rovira Indigua. Foto Schwander

Die Situation hat sich im Januar 2006 mit neuen Anordnungen der US-amerikanischen Finanzkontrolle (OFAC) noch einmal verschärft. Sowohl UBS wie Credit Suisse haben es aus Angst vor weiteren US-Sanktionen vorgezogen, sämtliche Beziehungen zu unsern Banken einzustellen. Betroffen dadurch sind etwa auch unsere Mitgliedschaften in internationalen Organisationen mit Sitz in Genf, die ihre Konti in diesen Banken unterhalten. So konnte Kuba z.B. weder der Internationalen Telekommunikations-Union noch der Internationalen Meteorologischen Anstalt den Jahresbeitrag für 2006 bezahlen, weil es sowohl UBS wie Credit Suisse abgelehnt haben, den entsprechenden Konti Geld aus Kuba gutzuschreiben!

Darüber hinaus haben Funktionäre von internationalen Organisationen in Genf, die kubanische Staatsbürger sind, Briefe der beiden Banken erhalten mit der Aufforderung, ihre privaten Konti zu schliessen, da sie sonst eingefroren würden. Das geschah zum Beispiel mit Funktionären der Weltgesundheitsorganisation, dem Welternährungsprogramm, dem UNO-Umweltprogramm, der Pan-amerikanischen Gesundheitsorganisation etc.

Diese illegalen Aktionen der Banken gegen Kubanerinnen und Kubaner, die als internationale Funktionäre unter Vertrag stehen, sind das Resultat

noch, dass Kuba für andere Länder ein Beispiel werden könnte?

Die Haltung der USA, ihre Pläne gegen Kuba, die von Präsident Bush 2004 und im Juli 2006 als Dokument genehmigt worden sind, einschliesslich eines geheim gehaltenen Anhangs, zeugen ganz klar von der Angst, die das Ansehen unserer Revolution auf internationaler Ebene bei den US-amerikanischen Behörden hervorruft.

Aber die USA lassen sich auch leiten von ihrem Appetit und ihrem Streben nach Unterwerfung Kubas, das auf eine lange Geschichte zurückblickt. Seit der Amerikanischen Union bis heute haben die USA immer Pläne verfolgt, sich Kuba einzuverleiben und die Geschicke unserer Nation ihrer eisernen Kontrolle zu unterwerfen, uns das Recht auf Selbstbestimmung und Verteidigung unserer Souveränität und Würde abzusprechen.

Welches sind die wesentlichsten Folgen der Blockade im kubanischen Alltag?

Wie gesagt: Die Blockade dringt in die hintersten Ecken unserer Gesellschaft. Die Folgen sind enorm und haben Auswirkungen überall, im Besonderen jedoch auf dem Gebiet der Nahrungsmittel, der Gesundheit und im Erziehungswesen. Die USA möchten unser Land in jeder Beziehung aushungern.

Die Umtriebe der «Kommission zur Unterstützung eines freien Kubas», deren Name allein schon ungeheuerlich falsch klingt, haben zu einer beissenswerten Verschärfung der Blockade geführt. Im erwähnten Dokument vom 10. Juli, dem so genannten «Plan Bush», wird die Schaffung einer verwaltungsübergreifenden speziellen Task Force angekündigt, die den Verkauf von kubanischem Nickel auf ausländischen Märkten verfolgen soll. Oder es wurde ein Verbot für den Export von medizinischen Geräten festgelegt, die von kubanischen Ärzten bei der Behandlung von Ausländern benützt werden, zum Beispiel im Rahmen der «Operation Wunder», die bisher Hunderttausenden von Lateinamerikanern das Augenlicht gerettet hat. Das Dokument sieht auch grössere Hindernisse für die Entsendung von humanitärem Material nach Kuba vor, andererseits wurde die direkte und indirekte Finanzierung der internen Subversion und des Propagandakrieges grosszügig erhöht.

Was den geheim gehaltenen Anhang des Dokumentes anbelangt, so

wissen wir aus Erfahrung, was für Aktionen und Massnahmen diese Art von verdeckten Operationen etwa vorsieht: Militärische Aggressionen mit Söldnern, terroristische Anschläge und Pläne zur Ermordung von Führungskräften.

Wie könnten sich die Beziehungen zu den USA verbessern? Gibt es dazu einen «Plan Castro»?

Es gibt keinen derartigen Plan. Hingegen haben wir unsern Willen zur Normalisierung der Beziehungen zu den USA in aller Öffentlichkeit unzählige Male bekräftigt. Wir sind bereit zu Gesprächen, aber nur auf gleicher Augenhöhe, ohne Auflagen und unter voller Respektierung unseres Rechts, als freies und souveränes Land zu handeln.

Unser Volk wird nicht darauf verzichten, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, es wird keinerlei Konzessionen machen die seine nationale Würde beeinträchtigen könnten und wird damit fortfahren, seine gerechte und solidarische Gesellschaft zu vervollkommen.

## Blockade auf Kinderbuckel ausgetragen

# Kniefall von Nikon

Der kubanische Junge Raysel Sosa Rojas war stolz – und das mit recht. Er hatte einen der ersten Preise beim Internationalen Kinderwettbewerb über die Umwelt gewonnen, den das UN-Umweltschutzprogramm aus Anlass des Weltumwelttages am 5. Juni veranstaltet hatte. Begleitet von seinem Lehrer, Jorge Jorge González, war der Junge, der seit seiner Geburt an Hämophilie, der Bluterkrankheit, leidet, nach Algier gereist, wo die Preisverleihung in Anwesenheit des algerischen Präsidenten Bouteflika und anderer Persönlichkeiten stattfand. Am Nachmittag überreichten dann hochrangige Vertreter des UN-Programms den Kindern ihre Preise: die Medaillen für den Weltmeister und die regionalen Meister – unter ihnen der junge Raysel Sosa Rojas für Lateinamerika und die Karibik – sowie drei weitere Kinder, die Sonderpreise errungen hatten. Ausserdem überreichten die Sponsoren der Veranstaltung – der deutsche Bayer-Konzern, das japanische Fotounternehmen Nikon und die ebenfalls japanische Stiftung für globalen Frieden – ihre Geschenke an die Kinder: ein T-Shirt mit dem Gewinnerbild jedes Kindes, hervorragende Malutensilien und eine Digitalkamera von Nikon. Alle Kinder bekamen diese Geschenke – ausser dem kleinen Kubaner. Er bekam zwar Buntstifte und seine Medaille, aber die Kamera bekam er nicht. Einer japanischen Zeitschrift berichtete der kubanische Lehrer später: «Es ist von den Organisatoren weder vorher noch hinterher jemand zu uns gekommen, um uns zu sagen was los ist. Erst nach Ende der Veranstaltung, als ich mir die Sachen anguckte, die Raysel bekommen hatte, bemerkte ich, dass die Kamera nicht dabei war.» So setzten sie sich spät abends im Hotel mit dem kubanischen Botschafter in Verbindung, der sofort hinzukam und um ein Gespräch mit den für die Veranstaltung zuständigen Beamten des UN-Programms bat. Eine Frau Sorbe erklärte zunächst, Kuba würde die Einfuhr einer japanischen Kamera verbieten. Der Lehrer wies diesen Blödsinn sofort energisch zurück und die Be-

amtin rief daraufhin einen Herrn Ideo Fujica zu sich, der offenbar der Nikon-Vertreter in Algier war, obwohl er sich als Vertreter der Friedensstiftung vorstellte. Dieser sagte den Kubanern: «Aufgrund des Embargos dürfen wir die Kamera dem kubanischen Jungen nicht geben, da sie Bestandteile aus den Vereinigten Staaten enthält.»

Raysel ist dann doch noch zu seiner Digitalkamera gekommen. Zurückgekehrt nach Kuba erhielt er in seiner Schule einen Besuch des kubanischen Vizegesundheitsministers, der ihm eine von Fidel Castro persönlich besorgte Kamera überreichte.

Quelle: Juventud Rebelde /Red Globe

## In Kürze

### US-Folterpraktiken

Washington (dpa). Die US-Regierung will es gefangen und von ihr als mutmassliche Terroristen eingestuft Menschen verbieten, über ihre Behandlung bei Verhören zu sprechen. Die in geheimen CIA-Gefängnissen angewendeten Methoden bei Vernehmungen gehörten zu den wichtigsten zu schützenden Geheimnissen auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit,



heisst es in einer gerichtlichen Eingabe des Justizministeriums, über die die «Washington Post» jetzt berichtete. Danach argumentiert die Regierung im Einzelnen, dass eine Enthüllung der Methoden «extrem schweren Schaden» anrichten könne. So könnten Terroristen «Gegentechniken» zu den Methoden lernen und dadurch die Bemühungen der Regierung vereiteln, Informationen von ihnen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund müssten die Gefangenen auch daran gehindert werden, mit ihren Anwälten über ihre Behandlung zu sprechen...

Redaktionsschluss dieser Nummer: 15. November 2006

Eine globalisierte Industrie bedarf weltweiter Kontrolle

# Waffenhandel ohne Grenzen

Zusammenfassung der englischsprachigen Studie «Arms Without Borders: Why A Globalised Trade Needs Global Controls» – veröffentlicht von amnesty international, Oxfam und IANSA (Internationales Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen), Oktober 2006

Die Globalisierung hat den internationalen Rüstungsmarkt revolutioniert. Nicht nur gibt es viel mehr Produzenten von Rüstungsgütern als noch vor fünfzehn Jahren. Auch die internationale Arbeitsteilung in diesem Bereich hat zugenommen. Besonders die Beschaffung und der Einbau von einzelnen Bestandteilen von Rüstungsprodukten (Komponenten) ist inzwischen ein globaler Markt, wobei die Endfertigung bevorzugt in Ländern mit schwachen Endverbleibskontrollen stattfindet. Kein Wunder, dass die so hergestellten Waffen häufig in die falschen Hände gelangen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung werden die Schlupflöcher in den bestehenden staatlichen und internationalen Systemen der Rüstungsexportkontrolle immer deutlicher. So können beispielsweise Waffen, Komponenten oder Technologie relativ einfach an Bestimmungsorte transferiert werden, die unter Embargo stehen. Ebenso leicht lassen sich Kriegsparteien ausrüsten, die das Völkerrecht brechen, oder repressive Regime, die systematisch die Menschenrechte verletzen.

Die vorliegende Studie untersucht das veränderte Muster der Produktionsbeziehungen in der Rüstungsindustrie seit etwa 1990. Moderne Waffensysteme bestehen in der Regel aus einer Vielzahl von einzelnen Bauteilen aus aller Welt. Kein Rüstungsunternehmen oder Land ist heute noch in der Lage, alle benötigten Komponenten selber herzustellen. Die Unternehmensstrukturen sind zunehmend globalisiert, mit Produktionsstätten und Fertigungsanlagen auf anderen Kontinenten, Netzwerken ausländischer Tochterunternehmen und anderen Formen von Unternehmenskooperationen – manchmal in Ländern, in denen es nur wenig Kontrolle darüber gibt, wo die Waffen letztendlich verbleiben und zu welchen Zwecken sie eingesetzt werden. Deshalb müssen die Staaten unverzüglich ein rechtlich verbindliches internationales Waffenhandelsabkommen vereinbaren, das speziell auf die aktuelle Problemlage zugeschnitten ist.

Ein Grossteil des globalen Waffenhandels umfasst Rüstungsgüter für legitime Zwecke wie nationale Selbstverteidigung, UN-Friedensmissionen und rechtsstaatliche Polizeiaufgaben. In grossem Umfang gehen die gehandelten Waffen aber an Staaten und andere Akteure, die sie etwa gegen Zivilisten einsetzen und damit die internationalen Menschenrechte sowie das humanitäre Völkerrecht verletzen. Ohne geeignete Kontrolle können ursprünglich legale Waffen und Munition schliesslich leicht in die Hände bewaffneter nichtstaatlicher Gruppen

und des organisierten Verbrechens gelangen.

## Traditionelle Rüstungsproduzenten

Die G8-Länder, 4 von ihnen zugleich ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, sind die führenden Anbieter von Waffensystemen und anderen militärischen Gütern, die in bewaffneten Konflikten weltweit Anwendung finden – und dabei vielfach auch zu Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. 2005 dominierten wie in den Jahren zuvor die fünf grossen Rüstungsexportierenden Länder – Russland, USA, Frankreich, Deutschland und Grossbritannien – das Angebot an grossen konventionellen Waffen, zusammen mit schätzungsweise 82 Prozent Marktanteil.

85 der 100 wichtigsten Rüstungsfirmen haben ihren Hauptsitz in der industrialisierten Welt. «Arms Without Borders» zeigt auf, dass viele dieser Firmen in heikle Transfers von Waffensystemen involviert sind – etwa aus China, Ägypten, Indien und Südafrika in bedenkliche Bestimmungsländer wie Indonesien, Sudan oder Uganda. Zum Beispiel wurden gepanzerte Fahrzeuge der Firma Landsystems OMC, einer südafrikanischen Tochtergesellschaft von BAE Systems, nach Uganda und Indonesien geliefert, obwohl konkrete Hinweise bestanden, dass in beiden Ländern in der Vergangenheit solche bewaffneten Fahrzeuge bei Menschenrechtsverletzungen eingesetzt worden waren.

Bei allen in der Studie aufgeführten Beispielen verstossen die beteiligten Unternehmen nicht gegen geltendes Recht. Allerdings wären diese Exporte in den meisten Fällen wohl nicht genehmigt worden, wenn die Transfers vom Land des Firmensitzes aus hätten getätigt werden sollen. Es kann lediglich vermutet werden, ob einige Unternehmen genau aus diesem Grund die Produktion ins Ausland verlagern, um die relativ strikten Kontrollen für direkte Rüstungsexporte in ihren Heimatländern zu vermeiden. Der österreichische Pistolenhersteller Glock plant zum Beispiel eine Produktionsstätte in Brasilien. Exportgeschäfte von dort würden nicht unter den EU-Verhaltenskodex für Waffen ausführen fallen.

Der beschriebene Mechanismus findet sich so gut wie in allen Ländern, die mit Rüstungsexporten zu tun haben, nicht nur diejenigen Länder, in denen sich die Hauptsitze der grossen Waffenhersteller befinden. Jedes Land hat die Verpflichtung sicher zu stellen, dass alle Waffen, die von Unternehmen im Bereich seiner Rechtsprechung hergestellt, zusammenge-

baut oder zugeliefert werden, nicht dazu verwendet werden, Menschenrechte zu verletzen oder Völkerrecht zu brechen.

## Newcomer im Exportgeschäft

Neben den Produzenten aus den traditionellen Rüstungsexportländern schicken sich zunehmend Unternehmen aus den Entwicklungsländern an, einen erheblichen Teil des globalen Rüstungsmarktes zu erobern – und werden dabei von ihren jeweiligen Regierungen unterstützt.

Solche «Newcomer» sind Israel (mit vier Unternehmen in den Top-100), Indien (drei), Südkorea (drei) und Brasilien, Singapur und Südafrika mit jeweils einem Unternehmen. Die Informationen über China sind unvollständig, aber zumindest drei chinesische Unternehmen müssen wahrscheinlich als Global Player angesehen werden. Die nationalen Rüstungskontrollen in diesen Ländern unterscheiden sich erheblich und enthalten nicht immer ausdrückliche Kriterien oder Richtlinien für die Genehmigung von Rüstungstransfers, die bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen der Staaten widerspiegeln.

## Umgehung von Exportkontrollen

Die hier beschriebene Entwicklung vollzieht sich rapide und konterkariert die relativ langsamen Fortschritte bei den Waffenexportkontrollen durch einzelne Staaten. Seit Mitte der 1990er Jahre haben zudem einige regionale und multinationale Staatenorganisationen wie die EU, ECOWAS, OAS bzw. die OSZE oder die Wassenaar-Gruppe Regulierungsinstrumente für Rüstungstransfers eingeführt. So bedeutsam diese Instrumente auch sind: Die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten hat sie bislang entweder noch nicht schlüssig umgesetzt, im Besonderen die einzelnen Bestimmungen nicht in nationales Recht überführt. Einige Länder aus der Gruppe der Newcomer hat sich bisher überhaupt noch nicht auf irgendwelche Regulierungsinstrumente festgelegt. Daher gibt es bislang keine Möglichkeit, die globalen Aktivitäten von Unternehmen wirksam zu kontrollieren, die ihren Firmensitz in einem hochregulierten Land haben, aber einen Grossteil ihrer Geschäfte in weniger stark regulierten Ländern ausüben.

Zunehmend bedeutende Phänomene wie die arbeitsteilige Beschaffung von Komponenten auf dem Weltmarkt, globale Lizenzproduktion und die Auslagerung von geschäftlichen Aktivitäten an rechtlich eigenständige Tochterunternehmen sind bisher nicht ausreichend von den vorhandenen Kontrollsystemen erfasst. Die Problematik wird weiter dadurch verschärft, dass auch internationale Vermittlungs- und Finanzgeschäfte, Transport und Logistik sowie die Frage des endgültigen Verbleibs von Rüstungsgütern so gut wie keinen verbindlichen Normen und Kontrollen unterliegen.

Es sollte im eigenen Interesse jedes Staates sein – in sicherheitspolitischer und in wirtschaftlicher Hinsicht –, dafür zu sorgen, dass Waffenlieferungen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen, kriegerische Konflikte verschärfen oder Mittel der Kaufländer binden, die dringend für deren wirtschaftliche Entwicklung benötigt würden.

Dieses Risiko besteht immer dann, wenn Staaten deutlich mehr Waffen beschaffen, als für ihre Landesverteidigung benötigt werden. Einige waffenexportierende Staaten erleiden inzwischen Wettbewerbsnachteile



Kampagne von amnesty international, Oxfam und IANSA für eine wirksamere Waffenexportkontrolle – in London auf dem Weg zur Abgabe des Reports an die G8-Botschaften. Foto amnesty international.

dadurch, dass sie verantwortungsbewusst handeln und das Völkerrecht respektieren. Darum muss gelten: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Alle. Dieses Prinzip kann nur durch die Schaffung eines rechtsverbindlichen globalen Abkommens garantiert werden, das die Minimalbedingungen definiert, unter denen vertretbare internationale Rüstungstransfers stattfinden können.

## Die Opfer

Die Dimension an menschlichem Leid, das durch unkontrollierte Waffentransfers verursacht wird, verlangt nach einer umfassenden politischen Lösung, die die Regierungen unverzüglich in Angriff nehmen müssen. Durchschnittlich sterben jeden Tag bis zu 1000 Menschen in Folge bewaffneter Gewalt. Zahllose weitere Opfer werden verletzt, ausgeraubt, misshandelt und vertrieben. Die Täter sind staatliche Sicherheitskräfte, bewaffnete Gruppen, kriminelle Banden und bewaffnete Einzeltäter. Schätzungen von amnesty international zufolge werden zwischen einem Drittel und zwei Viertel aller schweren Menschenrechtsverletzungen mit Kleinwaffen und leichten Waffen verübt. Eine grosse Zahl von Menschen – Männer, Frauen, ältere Menschen, Kinder – sterben an den indirekten Folgen bewaffneter Konflikte: dem Zusammenbruch von Wirtschaftsstrukturen, Gesundheits- und Sicherheitssystemen, Krankheiten und Hunger.

Waffenhandel ist mit hohen Folgekosten verbunden. Rüstungskäufe von Regierungen übersteigen zuweilen das legitime Sicherheitsbedürfnis bei weitem und zwingen damit dringend benötigte Mittel von Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem ab. Der US-amerikanische Kongress schätzt, dass 2004 die Länder Asiens, des Mittleren Ostens, Lateinamerikas und Afrikas insgesamt 22,5 Mrd. US-Dollar für Waffen ausgegeben haben; acht Prozent mehr als 2003. Mit dieser Summe hätten die betreffenden Länder jedem einzelnen Kind eine Schulausbildung ermöglichen und durch bessere Gesundheitsversorgung

die Kindersterblichkeit bis zum Jahr 2015 um zwei Drittel senken können. Damit wären bereits zwei zentrale UN-Millennium-Entwicklungsziele umgesetzt worden.

Regierungen müssen zahlreiche Massnahmen ergreifen, um die Ursachen gewaltsamer Konflikte zu bekämpfen. Die Waffen selbst sind nicht der Auslöser von Gewalt. Dennoch spielt die Verfügbarkeit von Waffen eine entscheidende Rolle für das Ausmass der Gewalttätigkeiten – und so für die Zahl der Opfer und die Dimension an Leid, die damit einhergehen.

## Praktische Schritte

Ein internationales Waffenhandelsabkommen («Arms Trade Treaty») wäre sicherlich das am besten geeignete Instrument, um unverantwortlichen Rüstungstransfers vorzubeugen – doch nur dann, wenn es fest im Völkerrecht verankert ist, einschliesslich international anerkannter Menschenrechtsstandards und dem humanitären Völkerrecht. So liessen sich schon im Ansatz Lieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verhindern, wo diese Waffen mit grosser Wahrscheinlichkeit beispielsweise für Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt würden. Das Waffenhandelsabkommen würde ebenfalls dazu beitragen, den Waffennachschub an staatliche Sicherheitskräfte zu unterbinden, die schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen begehen, wie beispielsweise aussergerichtliche Hinrichtungen, Folter oder das «Verschwindenlassen» von Menschen. Das Waffenhandelsabkommen wäre schliesslich auch ein wichtiges Instrument, um der Missachtung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte vorzubeugen, die Umlenkung finanzieller Ressourcen von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung zu stoppen und die Nachschublinien von Kriminellen und Terroristen abzuschneiden. (Zusammenfassung amnesty international, von der Redaktion leicht gekürzt. Vollständiger Report e+f unter [www.controlarms.org](http://www.controlarms.org)).

## Schweiz: Generelles Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial

In der Schweiz fordert das «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte» mit einer Volksinitiative ein generelles Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und so genannte «besondere militärische Güter». Auch die Vermittlung von Kriegsmaterial ins Ausland und Lizenzgeschäfte im Zusammenhang mit Kriegsmaterial sollen untersagt werden. Die Unterschriftensammlung für diese Volksinitiative wurde in diesem Sommer gestartet. (Unterschriftenbogen sind erhältlich bei [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch) oder beim Sekretariat der SFB, Tel. 061 681 03 63).

Seit 1975 hat die Schweiz für bald 12 Mia. Franken Kriegsmaterial exportiert, zu einem grossen Teil an Staaten die Kriege führten, an Regimes die Menschenrechte mit den Füßen traten und in Gebiete in denen Menschen verhungerten und im Elend lebten. Kurz: Das Kriegsmaterialgesetz wurde durch diese Deals mit Rüstungsgütern laufend krass verletzt. (H.F.)

## Ein Nachtrag zum Ungarnaufstand 1956

## Niemand vergessen!

Angeregt durch die zahlreichen Medienberichte zum 50. Jahrestag des Ungarnaufstands, habe ich ein längst vergriffenes Büchlein ausgegraben. Ein schmales Bändchen mit dem Titel «Niemand vergessen!», erschienen 1976 im Limmatverlag.

Es enthält Interviews des Filmemachers Richard Dindo mit Schweizerinnen und Schweizern, die den Herbst 1956 als besonders bedrohliche Zeit erlebt haben. Sie wurden jedoch nicht, wie erwartet, durch Kommunisten bedroht: Sie wurden bedroht, weil sie Kommunisten waren oder dafür gehalten wurden. Und zwar von ganz normalen Schweizer Bürgern, die durch Politiker und Medien aufgehetzt waren.

Der bekannteste Deutschschweizer Kommunist jener Zeit war Dr. Konrad Farner, Kunsthistoriker und Publizist, wohnhaft in Thalwil. Seine Frau Martha erzählt, wie sie den Herbst 1956 erlebt hat. (Die Redaktion zeichnet für Textauswahl, Reihenfolge, Zwischentitel, Rechtschreibung).

Antoinette Mächtlinger

## Hetze der NZZ / Mob vor Konrad Farners Haus

Die Zeitungen waren in diesen Tagen voll von diesem ungarischen Aufstand. Vielen PdA-Mitgliedern wurde die Stelle gekündigt, von einer Stunde auf die andere mussten sie fort. Es hatte eine PdA-Sitzung gegeben an die auch mein Mann ging, und dort hatte er die Genossen aufgerufen durchzuhalten. Darauf hat die Neue Zürcher Zeitung am nächsten Tag, also am 13. November, eine kurze Mitteilung gemacht, das muss man dann genau nachlesen was dort drin stand, dass Dr. Konrad Farner nicht mehr in Zürich, sondern in Thalwil, an der Mühlebachstrasse 11 wohne und: man solle sich an ihn wenden ... Ich weiss nicht mehr, ob das im Mittag- oder Abendblatt war, aber von diesem Augenblick an läutete bei uns unaufhörlich das Telefon. Die unglaublichsten Leute riefen an und sagten böse Dinge, sogar vermeintlich gute Bekannte. Anfänglich nahmen die Kinder das Telefon ab, ich war ja in der Stadt.

Ich möchte unseren Fall nicht hochspielen, andere haben ebensoviel mitgemacht, aber unser Fall wurde einfach bekannt gemacht, durch die Zeitungen, dieser Appell an die Männer und Frauen von Thalwil wurde doch überall abgedruckt, und der Aufruf der Zürcher Zeitung von Dr. Bieri, der ging doch durch den ganzen Blätterwald, da haben wir doch gar nichts dazu getan. Wenn bei Escher Wyss eine Sekretärin, die zwanzig Jahre dort gearbeitet hatte, entlassen wurde, von einem Tag auf den andern, weil sie in der Partei der Arbeit war, oder wenn ein Arbeiter verjagt wurde, das kam natürlich nicht in den Zeitungen. Aber der Dr. Farner erschien einfach überall in der Presse ...

Unser Haus war ja das zweite von vier angebauten Häusern, und hintendrin habe ich auch vernommen, dass Genossen draussen standen, aber die konnten natürlich nichts machen unter so vielen Leuten. Ein Polizist kam in unser Haus und postierte sich hinter die Tür. Ich sagte ihm, er solle doch draussen vor der Tür stehen. Da

hat er mir zur Antwort gegeben, das könne man jetzt nicht, er gehe dann schon, wenn es an der Zeit sei, aber er ging dann erst, als die Tür schon aufgekackt war.

Sie wussten immer, wer bei uns ein und aus ging. Gut, der Schlosser ist gekommen. Ich habe ihm die Tür geöffnet, und da hat er gesagt: «Sehen Sie, Frau Farner, ich komme nur Ihnen zuliebe, Sie tun mir furchtbar leid. Man hat mich schon gewarnt, als ich die Arbeit annahm für den Umbau in der Küche. Man hat mir gesagt, du arbeitest für einen Kommunisten ...» Ich hab ihn dann gefragt, warum er es trotzdem gemacht habe, aber er hat mir keine Antwort gegeben.

## Die erste Flucht / Marcel Brun

Wir fuhren dann in Marcells (Marcel Brun alias Jean Villain, der kürzlich verstorbene Schriftsteller, die Red.) Auto die Mühlebachstrasse hinunter, und nach der Schifflande hat sich bereits ein Rad gelöst. Alle Schrauben waren aufgedreht worden. Ich in meiner inneren Aufregung hatte das gar nicht bemerkt, aber als Marcel anfang zu fluchen, habe ich es dann auch gesehen. Wir wären ums Haar verunglückt. Wir schraubten das Rad wieder an und fuhren nach Zürich, in Marcells Wohnung, und dort warteten bereits die Freunde aus Basel und nahmen die Kinder in Empfang.

## Die zweite Flucht: Ascona

Wir haben damals aber auch schöne Dinge erlebt. Wir erhielten von den Freunden regelmässig Pakete, wir hatten im Monat etwa 600 Franken zur Verfügung, Geld, das mit Schokoladen oder kleinen Beigaben für die Kinder geschickt worden war. Das hat uns kolossal getröstet, ich hatte nicht mehr das Gefühl allein zu sein. Zurückgeschaut, heute, das habe ich mir schon oft überlegt, ich glaube, Koni hatte halt doch einen grossen Schrecken, er musste das alles zuerst einmal verarbeiten, er hat es nicht gezeigt nach aussen, er war nur «maullos» wie wir sagten, er stand meistens am Fenster und studierte vor sich hin. Wenn ich ihn bat, er solle mit den Kindern Aufgaben machen oder sonst etwas, ich hatte ja Schulbücher mitgenommen, schüttelte er nur den Kopf, er war einfach nicht fähig dazu, während hingegen eine Frau, möchte ich sagen, einfach tätig eingreifen muss, weil das Leben weiterläuft, vom Morgen bis am Abend.

Langsam kam Weihnachten, und eine Freundin lud uns nach Minusio ein und machte einen Weihnachtsbaum an einem Cheminéeofen, aber es kam keine richtige Stimmung auf, es war eher etwas traurig. Was mich persönlich tief gerührt hat, war der Besuch meiner Schwestern. Sie kamen wirklich aus Liebe zu mir und um den Kindern und uns zu zeigen, zu dokumentieren, dass wir nicht allein sind. Sie waren einen ganzen Nachmittag da, übernachteten auch hier, und am andern Tag mussten sie wieder fort. Aber es war rührend, es hatte uns allen gut getan.

## Zurück in Thalwil / Die Tafel

Wir hatten abgemacht, dass ich allein mit den Kindern nach Thalwil gehen würde. Ich sagte mir, dass ich besser neu anfangen könne, wenn Koni nicht da ist. Er war ja der Stein des Anstosses. Bei unserer Ankunft in Thalwil stand die Polizei auf dem Perron.

Unser Haus in Thalwil war im Parterre immer noch ganz vermacht, wir trauten uns nicht, die Fensterläden aufzutun. Ich sagte den Kindern immer: schliesst die Läden. Die Gewerbler hätten uns ja nicht bedient, wenn jemand eine Fensterscheibe eingeschlagen hätte. Das Haus ist ja an und für sich schon dunkel, weil es ein Anbau ist. Nach Norden und nach Süden hatten wir die Läden geschlossen. Wir liessen Tag und Nacht das Licht brennen. Es war eine furchtbare Düsternis. Jeden Morgen stand ich eine Stunde früher auf und ging vor die Haustüre, um zu sehen was wieder ge-



macht worden war. Entweder hatte es grosse Steine vor der Tür oder sie war frisch verschmiert, manchmal mit menschlichem Unrat. Ich sagte mir, die Kinder sollen wenigstens unbehellig zur Haustür heraus gehen können, sie haben es ja dann nachher noch schwer genug. So habe ich jeden Morgen früh diesen Dreck zusammengeputzt, im Bewusstsein, dass man mir von vis-à-vis zuschaut. Das war eher ein ekelhaftes Gefühl, mir kamen dann immer die Juden in den Sinn ... Wenn ich dann manchmal in der Webstube einen Fensterladen öffnen musste, sah ich gerade das grosse Plakat, das sie während unserer Abwesenheit im Nachbargarten eingerichtet hatten. Es waren grosse Eisenbalken in den Boden zementiert worden, die Tafel war aus dickem Holz, ungefähr anderthalb bis zwei Meter breit und drei Meter hoch, übrigens sehr raffiniert und graphisch tadellos gemacht, ein schwarzer Grund und ein grosser Kreis und in diesem Kreis stand der Text. Diese Tafel hatten wir täglich, stündlich vor unseren Augen, während zehn Jahren.

Wir mussten also zwei Hypotheken verzinsen, und als ich im 1956 einmal vergass, den Zins zu bezahlen, das zeigt, in was für einer Verfassung ich war, schickten sie nach einigen Tagen schon die Kündigung der zweiten Hypothek, darauf hatten sie natürlich nur gewartet. Dann hatten wir natürlich grosse Mühe, wieder eine Hypothek zu finden. Mein ganzes Geld, das ich von meinen Eltern geerbt habe, ist alles in diesem Haus, es war nicht sehr viel. Ich weiss nicht, wo wir gewohnt hätten, wenn wir nicht zufälligerweise Hausbesitzer gewesen wären.

## Die Schule

Also gut, ich kam zu diesem Schulpräsidenten, einem Herrn Doktor so und so, wurde empfangen, er hat mich eigentlich sehr nett begrüsst. Ich tat ihm wahrscheinlich leid. Ich sagte: «Also gut, ich appelliere an Sie, als Schulpräsident, dass sie meine Kinder beschützen, damit sie in die Schule gehen können.» Da hat er gesagt: «Das kann ich nicht, und ich sage Ihnen noch einmal, schicken Sie die Kinder nicht in die Schule, weil die Papiere nicht bei der Gemeinde lie-

gen.» Ich läutete dann unseren Rechtsanwalt an und legte ihm den Fall klar. Er hat gesagt: «Schick deine Kinder nur in die Schule, ich mach diese Sache in Ordnung.»

Die Kinder gingen jetzt zur Schule. Ich hatte ihnen immer gesagt, sie sollen pünktlich nach Hause kommen, weil ich sonst Angst habe, und all diese Jahre, in denen wir verfolgt wurden, kamen sie immer auf die Minute nach Hause. Sie hätten allerdings auch gar keine Gelegenheit gehabt, sich auf den Spielplätzen herumzutreiben, die andern Kinder durften ja nicht mit ihnen spielen.

Ein Mädchen machte damals gerade eine Kanzlistinnenlehre auf der Gemeinde, und ihre Mutter wollte zu mir in den Webkurs kommen. Man legte ihr nahe, darauf zu verzichten, wenn sie wünsche, dass die Tochter ihre Kanzlistinnenlehre fortsetzen könne ...

## Feigheit und Mut

In all diesen Jahren habe ich mich immer gefragt, was diese Frauen, was die Mütter dazu zu sagen haben. Keine Frau hat sich gemeldet. Ich meine, wenn ich von einem solchen Fall gehört hätte, wäre ich zu einer solchen Frau gegangen oder hätte mindestens angeläutet. Wo sind die Mütter? Das hat in meinem Hirn gebohrt, fast täglich habe ich das gedacht. Frauen sind eigentlich unkameradschaftlich! Ich kenne jetzt ein paar sehr nette Frauen, und zufällig oder auch gewollt kommen wir zusammen, und immer wieder wird betont: «Wir haben von euch geredet, wir hatten Mitleid mit euch, aber was hätten wir tun können?» Sie hätten doch ... ich weiss nicht ... opponieren ... ich weiss nicht, was man hätte machen können. Es hat sich halt doch niemand getraut. Aufgrund von dem sage ich: von hundert Schweizern, würde ich sagen, sind neunzig feige, wenn es drauf und dran kommt. Wenn ich zufälligerweise vor der Tür etwas wegwischte und die Fabrik aus war und die Arbeiter gingen nach Hause, da haben sie alle stereotyp auf die andere Seite geschaut, sie getrauten sich nicht einmal zu nicken.

Der Einkauf für das tägliche Brot war für mich immer das schwierigste, ich ging natürlich nicht gerne auf die Strasse. Der erste Gang war in den nächstliegenden Konsum. Der wurde von einem älteren Fräulein geleitet. Im Laden selber standen Arbeiterfrauen, die Sachen einkauften fürs

Mittagessen, und als ich zur Türe hereinkam, hat sich sofort eine Bahn gebildet bis zum Verkaufstisch, eisiges Schweigen, ich schaute die Verkäuferin an, wahrscheinlich Hilfe suchend, ich weiss es nicht mehr, es war mir ja auch ausserordentlich peinlich. Da sagte sie mit ihrem treuen Blick durch ihre Drähtlibrille hindurch: «Brot ist für alle da, nicht wahr Frau Farner?» Da hatte ich zum ersten Mal geweint, und das hat mir auch wieder Mut gemacht.

Was ich wirklich betonen und herausheben möchte ist eine gütige Nachbarin, eine siebzehnjährige Frau, die mehrere Male versucht hatte, unsere verschmierte Türe zu waschen. Dadurch geriet sie in Missgunst bei unseren «Feinden», und man hat sie sogar geplagt; zum Beispiel hat man einmal hinter ihrem Rücken, als sie von einer Kommission nach Hause kam, Schreckschüsse abgegeben.

Etwas sehr Schönes haben wir erlebt, an Weihnachten 57, da haben wir ja unglaublich viele Pakete bekommen, von Freunden und Genossen, aber alle Pakete waren entweder eingedrückt oder aufgerissen, die Schnüre ab, das wurde auf der Post gemacht. Sehr viele Pakete kamen ohne Absender, aber in jedem Fall war das eine sehr schöne Solidarität.

## Rückblick

Auch Koni, das muss ich wirklich sagen, hat immer wieder gesagt, es gibt Millionen von revolutionären Opfern, die man nicht einmal beim Namen kennt, und da habe ich mir wieder gesagt, das ist ja lächerlich, wir sind auch nur ein kleiner Anteil an die Revolution. Wir hatten noch ein Dach über dem Kopf und jeder sein eigenes Bett und sind noch nicht verhungert.

Zurückgedacht bereue ich nichts an meiner Haltung, einzig, wenn ich an die Kinder denke, sage ich mir, sie hätten ein unbeschwerteres Leben verdient. Aber ich selber sage: Im Kampf wird man stark! Und das hat mich gestählt. Es war doch sicher positiv, dass wir durchgehalten haben, denn viele Leute, die sich mit unserem Fall beschäftigen, mussten sich doch sagen, die halten doch auch nicht umsonst durch, die müssen doch irgendwie überzeugt sein; und die Leute, die sich mit unserem Fall beschäftigen, sind ja nicht gerade die Dümmsten.

(Aus «Niemand vergessen», Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich 1976)



## Friede für einen Tag

Am 21. September 1981, dem Tag der damaligen Vollversammlung, verkündete die UNO-Generalversammlung: Dieser Tag soll offiziell benannt und gefeiert werden als Weltfriedenstag und soll genutzt werden, um die Idee des Friedens sowohl innerhalb der Länder und Völker als auch zwischen ihnen zu beobachten und zu stärken. 25 Jahre später am 21. September 2006 haben wir mit einer Standaktion in Basel an diesen Tag erinnert. Wie wohl der Weltfriedenstag in unseren Breitengraden kaum bekannt ist, sind wir auf ein positives Echo gestossen. Wir haben Hunderte von «Unsere Welt» verteilt, neue Abonnenten ge-

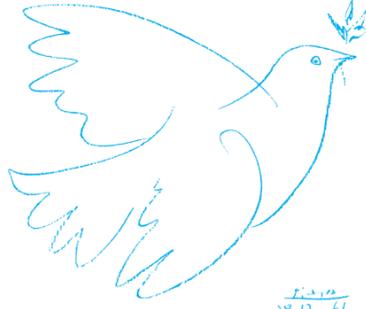
worben, Unterschriften für die Initiative gegen Kriegsmaterialexporte gesammelt und auf unsere Kino-Veranstaltung mit «Loose Change» aufmerksam gemacht. Diesen Dokumentarfilm haben wir in Basel und Bern mit grossem Erfolg zeigen können. Zu dessen Inhalt wurde in unserer letzten Nummer berichtet. Nach wie vor kann man sich den Film im Internet anschauen. Wer diese Möglichkeit nicht hat kann ihn bei uns als DVD mit deutschen Untertiteln zum Unkostenbeitrag von Fr. 15.- beziehen.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach, 4001 Basel

An Ungarn 1956 erinnere ich mich mit Schrecken!

In Basel wurde alles was fortschrittlich oder links war angegriffen. Mein Mann Joe Stebler, als aktiver Friedenskämpfer bekannt, war in grosser Gefahr. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Wir wohnten im Hochparterre. Ich war mit meinen kleinen Kindern allein zuhause und hatte schreckliche Angst. Ich schloss alle Fensterläden. Joe war in die Stadt gegangen, um zu sehen, was mit dem PdA-Sekretariat passiert war. Der Marktplatz war voll gröhrender Menschen. Zum Glück war es finstere Nacht und sie haben Joe nicht erkannt, sonst hätten sie meinen Mann womöglich erschlagen.

Louise Stebler



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.  
Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,  
Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,  
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: sfb@bluewin.ch  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

**Wie kann man helfen?**  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis  Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_



Eolo Morenzoni, 1936 jüngster Spanienkämpfer aus der Schweiz und ein Jahr zuvor als 15jähriger wohl auch einer der Jüngsten, die von der Bundespolizei je fichiert worden sind. Foto Schwander

### Als junger Interbrigadist in Spanien

## Für die Sache

Von Martin Schwander

Vor ziemlich genau siebzig Jahren, am 12. November 1936, packte der eben erst 16 Jahre alt gewordene Eolo Morenzoni in Lugano wie gewohnt den Schulsack, nur dass sich diesmal keine Schulbücher darin befanden, sondern Taschentücher und ein Hemd.

«Statt in die Schule zu gehen, ging ich nun zum Bahnhof, wo ich mich bis zur Abfahrt des Zuges – um 11 Uhr – in der Toilette eingeschlossen versteckt hielt. Denn wäre ich herumgelaufen, hätten mich Bekannte gesehen und gefragt, was ich um diese Zeit hier machte. Sie würden sicher meine Familie verständigt haben, was ich verhüten wollte, da ich wusste, dass meine Eltern es mir verboten hätten, fortzufahren. Das waren die ersten tragischen Momente für mich.»

So schildert Eolo im 1939 erschienenen Buch «Schweizer kämpfen in Spanien» seine ersten Schritte auf dem Weg, der ihn schliesslich nach Spanien führte, wie Tausende anderer Freiwilliger aus der ganzen Welt, zur Verteidigung einer Sache, die sie zu ihrer eigenen gemacht hatten: Des Kampfes der Demokratie gegen den Faschismus.

In einem Abschiedsbrief an seine Eltern legte der junge Gymeler seine Beweggründe dar:

«Ich muss dem Drang meines Herzens folgen. Ich kann nicht anders, ich muss nach Spanien gehen, um zu kämpfen, um den ganzen Mut und alles, was Ihr mit so viel Sorgfalt und Elternliebe in meinem Herzen erweckt habt, in den Dienst der Sache zu stellen.»

Von ganzem Herzen danke ich Euch für alles, was Ihr für mich getan habt. Es wird eine Zeit kommen, wo ich Euch für diese Wohltaten belohnen kann.

Ich weiss, dass ich jung bin. Aber heisst das, dass ich meine Jugendzeit

in einem so abgelegenen Lande, wie es der Tessin ist, vergeuden soll? Ich werde mich als Eurer würdig erweisen und Euch Ehre machen.

Verzeiht mir meine Mängel und Fehler!

Ihr sollt nicht denken, dass mir jemand den Kopf voll gemacht hat, das dürft Ihr nicht. Alles was ich tue, tue ich aus eigener Überzeugung und meinem Gewissen folgend.

Ich habe das Bedürfnis, einmal statt mit der Feder mit einem Gewehr oder einer Mitrailleuse gegen die Verräter zu kämpfen.» (Zitiert in «Schweizer kämpfen in Spanien», Zürich 1939)

Heute weiss der 86jährige Rentner, der uns in seiner Genfer Wohnung unweit des Brigadisten-Denkmal an der Rue Dancet empfängt, dass seine Mutter beim Lesen des Briefes in Ohnmacht fiel. «Mein Vater hingegen hat getobt, das sei ja der pure Wahnsinn, eine Verrücktheit. Sie haben schon verstanden, warum ich fortgegangen bin und waren auch solidarisch mit meiner politischen Haltung, schliesslich war mein Vater, ein Mitbegründer der Tessiner SP, seit 1920 Mitglied der Kommunistischen Partei. Aber es war mein Alter, das sie beunruhigt hat.»

### Anarchisten überlisten

Die Reise führte Eolo zunächst nach Basel, dann, nach heimlichem Grenzübertritt bei St. Louis, mit Hunderten anderer Freiwilliger aus verschiedenen Ländern nach Perpignan, an die spanische Grenze.

Eine Schwierigkeit galt es für Eolo noch zu überwinden, und die hatte wiederum mit seinem Alter zu tun: In Perpignan wurde die Musterung für die Internationalen Brigaden von republikanischen Kräften überwacht und die wiesen Minderjährige konsequent zurück. «Mit Hilfe eines italienischen Genossen haben wir die Anarchisten, die mit der Musterung be-

auftragt waren, überlistet», schmunzelt der 6fache Grossvater. «Timone, so hiess der Italiener, versicherte den Spaniern, dass ich volljährig sei und Sohn eines italienischen politischen Gefangenen. So wurde ich durchgelassen.» Mitgeholfen haben mag dabei ein Hut, den sich Eolo von einem Freund ausgeliehen hatte, um etwas älter zu erscheinen.

Nach kurzer Ausbildung und als Kämpfer des rühmreichen Battalions «Tschapajew», das unter dem Kommando des Zürchers Otto Brunner stand und von allen Interbrigaden am meisten Nationalitäten in sich vereinte, erlebte der Jüngling bald einmal die Gräueltat der Front:

«Am 27. Dezember 1936 hatten wir die «Feuerprobe» zu bestehen. An diesem Morgen setzte gerade der Angriff gegen Teruel ein, der mehrere Tage dauerte. Ein Angriff folgte dem andern.

Um die Wahrheit zu sagen: die ersten zwei Tage waren für mich eine Folter. Ich hatte Angst. Die Toten und Verwundeten hatten auf mich den grösseren Eindruck gemacht als alles andere.» (ibid. S. 168f.)

Nach verschiedenen Operationen u.a. in der Sierra Nevada nahm Eolo anfangs April 1937 an der Offensive gegen Valsequillo teil.

«Während dieser Offensive verloren wir sehr viele Genossen, besonders in der Nähe der Eisenbahnstation, wo ein Dutzend Faschisten sich versteckt hielt. Als diese sahen, dass sie verloren waren, kamen sie mit erhobener Faust hervor und riefen: «Es lebe Russland! Wir sind Kommunisten!»

Wir zwangen sie, aus dem Gebäude zu kommen und schon bereitete ich mich vor, auf diese Verräter zu schießen, als der Hauptmann der ersten Kompanie sich mir näherte, den Revolver gegen mich richtete und sagte: «Wenn Du schießt, bist Du ein Toter.» Zuerst war ich betroffen, dann begriff ich schliesslich. «Was willst Du, Genosse», sagte der Hauptmann, «das sind Soldaten, die keine Überzeugung haben, die irreführt wurden.» (ibid. S. 169f.)

Insgesamt 80 Frewillige der Internationalen Brigaden stammten aus dem Kanton Tessin. «Damit waren wir jene, die proportional zur Bevölkerung weltweit das stärkste Kontingent stellten», unterstreicht Eolo Morenzoni mit einem gewissen Stolz und fügt an: «Zwölf von uns Tessinern sind in Spanien gefallen, wir alle wurden mindestens einmal verwundet.»

Die zweite Verwundung, die Eolo unter einem Bombehagel bei Brunete erlitt, war eine zuviel:

«Nach fünf Tagen war ich wieder geheilt und es ging erneut an die Front. Doch der Wille genügte nicht. Die Kräfte fehlten. Nach den ersten fünfzig Metern fiel ich zu Boden, ohne irgendwie verwundet zu sein. Von da an wurde ich zur Verfügung des Generalstabs der 45. Division gehalten.» (ibid. 171)

In all dieser Zeit – inzwischen war bereits Herbst 1937 geworden – haben die Eltern Eolos mit Hilfe italienischer Genossen verzweifelt versucht, seinen Standort herauszufinden, um ihn zurückzuholen. «Ich schrieb ihnen von Zeit zu Zeit schon kurze Briefe, aber einerseits war das sehr kompli-

ziert, andererseits waren sie dadurch nicht beruhigt.» Aufspüren anhand des Absenders konnten sie ihren Sohn hingegen nicht: «Alle Briefe der Interbrigadisten hatten als Absender das Hauptquartier von Albacete. Und im übrigen hielt ich mich immer verdeckt und liess mich beispielsweise auch nie fotografieren.»

### Beinahe nach Moskau

Gefunden haben die Eltern Eolos den nun bereits 17jährigen schliesslich mit Hilfe des italienischen Antifaschisten und nachmaligen PCI-Chefs Luigi Longo, der unter dem Kriegsnamen Gallo als Generalkommissär der Internationalen Brigaden wirkte. «Gallo hat mich bei einem Besuch an der Front in der Garibaldi-Brigade entdeckt. Er hat mich dann von der Front weg an die Schule geholt, nach Quintanar, um Rekruten des Reservebataillons der Garibaldi-Brigade auszubilden.» Mit den Eltern wurde vereinbart, dass sich Eolo mit ihnen in Paris trifft und er danach wieder nach Spanien zurückkehren dürfte. «Aber als ich im Februar 1938 in Paris eingetroffen war, erhielt ich über den dortigen Verantwortlichen der italienischen KP den Befehl, in die Schweiz zurückzukehren. Geplant war, dass ich in der Schweiz zunächst meine Situation mit den Behörden regeln und danach eine Journalistenschule in Moskau besuchen sollte.» Erste journalistische Erfahrungen hatte Eolo schliesslich schon als Gymeler geholt und der erste Eintrag in seiner umfangreichen BuPo-Fiche betraf denn auch einen Artikel, den er 1935 für das Tessiner KP-Blatt «Falce e martello» geschrieben hatte. «Doch bekanntlich änderte sich die weltweite Situation in jenen Monaten rasant und das Vorhaben mit Moskau scheiterte.»

In die Schweiz zurückgekehrt ist Eolo dennoch – und wurde sogleich verhaftet. «Zunächst kam ich für sieben Tage in U-Haft und wurde im September 1938, zwei Monate vor meinem 18. Geburtstag, wegen angeblicher Schwächung der schweizerischen Wehrkraft (!) zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt.»

Nach Rekrutenschule und Mobilisierung leistete Eolo über tausend Aktivdienst-Tage, jobbte zwischen den Mobilisierungsetappen in verschiedensten Berufen – und blieb seinem politischen Engagement treu. «Ich wurde sicher ein Dutzend Mal verhaftet, weil ich illegale Flugschriften verteilte oder an Kundgebungen teilgenommen hatte.» 1943 gelangte Eolo über eine linke Protestliste – die Kommunistische Partei war längst verboten – gar in das Luganer Stadtparlament. «Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich nur zwei Sitzungen besuchte. Aber die diskutierten dort über Trottoirs etc. und das interessierte mich zu jener Zeit wirklich nicht.» Später, nach Kriegsende, wurde Eolo wieder gewählt, diesmal auf der Liste der jungen Partei der Arbeit. Nach einigen Monaten legte er jedoch das Mandat nieder: Er hatte inzwischen in Bern eine Arbeit gefunden. «Ich arbeitete – unter strenger Bewachung der BuPo – auf der rumänischen Botschaft.» Fünf Jahre lang hat diese Anstellung gedauert und der Aufenthalt in Bern brachte Eolo auch



Gedenkplakette beim antifaschistischen Mahnmal in der Rue Dancet in Genf mit Worten der Vizepräsidentin des spanischen Parlaments Dolores Ibaruri, «La Pasionaria», bei der Verabschiedung der Internationalen Brigaden im November 1938: «Mütter! Frauen! Wenn der Groll einmal gemildert ist und der Stolz über das freie Vaterland von allen Spaniern gleichermaßen gefühlt wird, spricht zu Euren Kindern, erzählt ihnen: Sie verliessen alles und kamen zu uns, um uns zu sagen: Hier sind wir! Eure Sache, die Sache Spaniens, ist unsere Sache. Ihr seid die Geschichte, Ihr seid die Legende, Ihr seid das heroische Beispiel für die Solidarität und die Universalität der Demokratie. Wir werden euch nicht vergessen.» Das Mahnmal zuer Erinnerung an die Interbrigaden wurde von der Stadt Genf errichtet.

persönliches Glück in der Gestalt von Marianne, die er 1951 kennen und lieben lernte. Genf schliesslich bot dem jungen Ehepaar, dem bald einmal ein Knabe und ein Mädchen geboren wurden, nicht nur eine dauerhafte Bleibe, sondern dem PdA-Mitglied Eolo auch eine Lebensstelle als Direktor des Genfer Busbahnhofs.

Wenn er das Rad seines eigenen Lebens zurückdrehen könnte? «Ich würde genau daselbe noch einmal tun», sagt Eolo Morenzoni ohne Zögern. «Ich bin stolz darauf, an diesem Kampf teilgenommen zu haben. Es war der korrekteste und ehrlichste Kampf eines Volkes für seine Freiheit und gleichzeitig auch eine Schlacht zur Rettung Europas vor der faschistischen Diktatur. Hätten wir gewonnen, wäre der Lauf der Geschichte verändert worden, die ganze militärische Situation in Europa hätte einen andern Verlauf genommen und unendlich viel Leid wäre vermieden worden.»

Und heute?

«Meine Sicht der Welt hat sich nicht verändert. Sagen Sie mir nicht, dass es der Welt heute gut geht. Es geht ihr schlechter. Und was für mich schlimm ist: Wir haben nicht mehr wirklich eine Hoffnung, die Dinge noch ändern zu können. Das ist es, was fehlt. Früher haben wir daran geglaubt, das wir etwas tun können, wir haben auch Hoffnungen in die Sowjetunion gesetzt, wir waren überzeugt, dass eine neue Welt am Werden ist, eine Gesellschaft der Gerechtigkeit. Das war eine grosse Motivation.»

Doch Eolo lacht und fügt gleich an: «Mein Pessimismus hat natürlich mit meinem Alter zu tun: Ich weiss, dass ich zu meinen Lebzeiten keine gerechtere und menschlichere Welt mehr werde entstehen sehen. Zum Glück kennt die Jugend diesen Pessimismus nicht. Wäre ich noch jung, wäre ich ganz klar ein Mensch der Bewegung, ein Mensch der Aktion. Die Welt muss verändert werden.»